

Der „Klassenkampf“, die Zeitung der Antifaschisten! Wird für ihn in der Antifaschistischen Kampfwoche!

Klassenkampf



Kommunistisches Organ Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Montag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Abonnement: frei zum monatlich 2.00 Mark; durch die Post bezogen 2.30 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Verdenstraße 14, Tel.: 210 45 (Hrb.); 210 41 (Bstg.)

Wird von der Antifaschistischen Kampfwoche
Der Rote Stern

Abonnementpreis: 12 Mf. für den Monat; 1 Mf. im Zeitlief. Postamt: Postfach 2671 Halle-Merseburg
Gesamtwortung: Halle; Druck- und Verlags: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Verdenstraße 14

Einzelpreis 10 Pfennig Halle, Mittwoch, 13. Juli 1932 12. Jahrgang Nr. 162

Manifest

Beschlossen vom Berlin-Brandenburger Einheitskongress gegen den Faschismus!

Arbeiter und Arbeiterinnen! Werktätige in Stadt und Land!

Der am Sonntag stattgefundene Einheitskongress gegen Faschismus für Berlin-Brandenburg gestaltete sich zu einer grandiosen Manifestation der roten Einheitsfront in der Antifaschistischen Aktion. Fast 1500 gewählte Delegierte, davon 954 parteilos, 132 der SPD, dem Reichsbanner und anderen Organisationen angehörend, waren vertreten. Der Kongress wurde zu einem Höhepunkt der Kriegserklärung an die herrschende Klasse und ihre faschistischen Trabanten, als der Führer der Kommunistischen Partei, Genosse Thälmann, das Kampfgelöbnis der Antifaschistischen Aktion verlas und die Delegierten ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit sich feierlich verpflichteten, ihn zum Trugschour der roten antifaschistischen Massenbewegung zu machen und in die Tat umzusetzen. Mit dem nachstehenden Manifest wendet sich der Einheitskongress an die gesamte deutsche Arbeiterklasse, an alle Werktätigen zur Einreichung in die Antifaschistische Aktion, zur Niederwerfung des Faschismus, zum Kampf gegen die kapitalistische NotverordnungsdiKTatur. Die herrschende Klasse und ihre faschistischen Banden sollen erzittern! Das ganze kapitalistische Deutschland soll es erfahren, daß die Antifaschistische Aktion unter dem roten Banner des revolutionären Klassenkampfes und des Internationalismus zum Angriff übergegangen ist. Das Manifest lautet:

Hunger der Millionen Erwerbslosen, Verarmung und Not aller Werktätigen, Ruin von zahllosen Existenzen — möglichen Kern hat das kapitalistische System über die arbeitende Menschheit gebracht. In Deutschland werden die Werktätigen von den kapitalistischen Schergen der Wirtschaftskrisis und der Knöchelhaft durch den Verfall der Wirtschaft getrieben. Die herrschende Klasse verachtet die Werktätigen durch eine Welke nationalitätlicher Verheerung, Irreführung und vom Kampf gegen die kapitalistische Weltwirtschaftspolizei.

Wendet sich auf die chaotische Verheerung breiter Massenmassen durch die skrupellose Demagogie des Hitlerfaschismus, ist die deutsche Bourgeoisie dabei, unmittelbar die faschistische Diktatur in Deutschland anzusetzen.

Die Freiheit der Arbeiterklasse wird von den Kapitalisten mit Füßen getreten. Mit Säbeln und Bajonetten und Maschinengewehren, mit Verhängung der Arbeiterorganisationen, mit brutalen Raub aller Rechte und Errungenschaften des Arbeiterstandes soll der Widerstand der Werktätigen gegen den Faschismus und gegen die kapitalistische Ausplünderung vernichtet werden. Wüther Zerror nationalsozialistischer Werbepostern wird von den Ausbeutern und Unterdrückten des arbeitenden Volkes entgegnet. Während die Bapen-Regierung mit Hitlers Hilfe in Einklang den neuen Tributpat abhüllt und das Verfallene System erneuert, verfährt sich zugleich mit der schändlichen Entwürdigung die imperialistische Kriegspolizei der Bourgeoisie.

Galgen und Justizhäuser des Faschismus bedrohen das deutsche Proletariat und die Werktätigen in Stadt und Land, wenn nicht der antifaschistische Freiheitskampf die verbrecherischen Anschläge aller Volkseinde vernichtet macht.

In der Stunde der höchsten Gefahr ruft die Antifaschistische Aktion die arbeitenden Massen in Stadt und Land zum gemeinsamen brüderlichen Freiheitskampf gegen die faschistischen Volkseinde des werktätigen Volkes und ihrer Handlanger.

Die Antifaschistische Aktion ist die lebendige Massenbewegung aller antifaschistischen Freiheitskämpfer in ganz Deutschland!

Die Antifaschistische Aktion sammelt in ihren Reihen die kampfbereiten Belegschaften der Betriebe, die zum antifaschistischen Massenkampf bereiten Erwerbslosen der Stempelstellen, die Mitglieder der Organisationen, die den Freiheitskampf in Stadt und Land aus den Reihen des Proletariats, der Angestellten, der Beamten und der Intelligenz, des arbeitenden Mittelstandes und des schaffenden Landvolkes zum gemeinsamen Kampf.

Die Antifaschistische Aktion vernichtet das Bündnis von Stadt und Land gegen den Faschismus!

Die Antifaschistische Aktion vereint die Klassenbewegungen sozialdemokratischen Arbeiter, Arbeiterinnen, Jungarbeiter mit ihren revolutionären Klassenbrüdern aus den Reihen der Kommunistischen Partei, die freigeberwirtschaftlichen, die schließtlichen mit den Arbeitern der roten Verbände, die organisieren mit den unorganisierten und den parteilosen antifaschistischen Klassenkämpfern zur gemeinsamen Verteidigung der Freiheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus.

Die Antifaschistische Aktion vernichtet den gemeinsamen Kampf der Arbeitermassen durch Wahl von Einheitsparlamenten der Antifaschistischen Aktion und Schaltung roter Massenblätter in Betrieben, an der Stempelstelle, in allen Arbeitsstätten.

Warwill die Antifaschistische Aktion

Die Antifaschistische Aktion will nicht dulden, daß über Deutschland die faschistische Diktatur errichtet wird, daß die Klassenorganisationen des Proletariats getrümmert und vernichtet, daß alle Rechte der Arbeiterklasse mit Füßen getreten, daß die Sozialversicherung und alle Errungenschaften der Arbeiterbewegung ausgetrotet werden.

Ein Front, eine Front, ein Kampf!

Das Kampfgelöbnis der Antifaschistischen Aktion

Der Kampfkongress gegen Faschismus beschloß auf seiner Tagung das nachfolgende Gelöbnis zum Kampfschwur der Antifaschistischen Aktion zu erheben:

- Wir geloben, mit Leib und Leben, mit unserer ganzen Kraft einzusetzen für den antifaschistischen Massenkampf:
- gegen die faschistischen Todsünden des werktätigen Volkes und ihrer Handlanger,
- gegen die Aufrichtung der faschistischen Diktatur,
- gegen den faschistischen Mordterror,
- gegen Notverordnungen, Verbote, Unterdrückungsmaßnahmen,
- gegen Lohnraub, Gehaltsraub, Unterstützungszug,
- gegen Tributzweck und imperialistische Kriegspolizei,
- gegen das kapitalistische System von Hunger und Knechtschaft!
- Mit aller Kraft gegen den Faschismus — für die Verteidigung der Sowjetunion!
- Es lebe die Antifaschistische Aktion!
- Wir geloben, nicht zu ruhen und zu rasten, sondern in Betrieb und Stempelstelle, in Stadt und Land, alle Kraft einzusetzen:
- für die gemeinsame rote Einheitsfront,
- für die Freiheit der Arbeiterklasse,
- für die Verteidigung der Kommunistischen Partei und aller proletarischen Organisationen, für die Verteidigung der Sowjetunion,
- für den roten Masseeigenschutz,
- für Streiks und Kampfkationen,
- für den politischen Massenstreik gegen die faschistischen Machthaber,
- für eine Arbeiter- und Bauernregierung,
- für ein freies, sozialistisches Deutschland!
- Alles für den Sozialismus!

Es lebe die Antifaschistische Aktion!
Ein Front — eine Front — ein Kampf!
Her zu uns! Wir sind die Antifaschisten der Tat!
Wir geloben es mit unserem Kampfrut:

„Rot Front“!

Die Antifaschistische Aktion organisiert in breiter Einheitsfront den geschlossenen roten Massenstreik der Arbeiter, Erwerbslosen und Werktätigen in ganz Deutschland!

Die Antifaschistische Aktion will den Massenkampf aller Klassenbewegten Arbeiter, aller antifaschistischen Freiheitskämpfer für die vernichtende Niederlage des Hitler-Faschismus, für die Zurückeroberung von Millionen von den Nationalsozialisten betrogener Werktätigen.

Die Antifaschistische Aktion will nicht dulden, daß die kampfbereite rote Einheitsfront von den Verrätern des Faschismus gelöst und sabotiert wird, von denen, die die Arbeiter für Hindenburg und Brüning mißbrauchen und dadurch die Bapen und Schieber in den Sattel hoben.

Die Antifaschistische Aktion will den ehrlichen Zusammenbruch aller Klassenverlogen und Werkstätigen, die bereit und gewillt sind, den Kampf gegen die diktorischen Notverordnungen, gegen den nationalsozialistischen Zerror und gegen die Aufrichtung der faschistischen Diktatur durch die Bapen-Regierung zu führen.

Die Antifaschistische Aktion will verbinden, daß die Bapen-Regierung der Industriellen, Junker und Generale das Volk unterdrückt, die nationale Anechtung durch das Verfallene System verlängert und ihre faschistischen Pläne gegen die Werktätigen durchführt.

Die Antifaschistische Aktion will die Verteidigung aller kapitalistischen Regierungen und die Sammlung aller antifaschistischen Freiheitskämpfer zum gemeinsamen Ringen für eine Arbeiter- und Bauernregierung in einem freien, sozialistischen Deutschland.

Die Antifaschistische Aktion will den Kriegshehnen und den faschistischen Kriegspromotoren, allen zu einem neuen Hitlerworb treibenden Wüther Deutschlands, die sich durch aktive Unterstützung der Kriegsverbrecher oder durch passivitätlichen Protesten in den Dienst der Imperialisten gestellt haben, die breite Front der antifaschistischen Einheit entgegenstellen.

Für diese Ziele kämpft die Antifaschistische Aktion

Für diese Ziele ruft die Antifaschistische Aktion die Massen auf den Kampf in den Betrieben, an den Stempelstellen, in den Arbeitervereinen, in Stadt und Land, in breiter roter Einheitsfront zu entfalten, alle Formen des Massenwiderstandes gegen

vor allem den politischen Massenstreik gegen die faschistische Unterdrückung zu organisieren.

Die Faschisten einzuschlagen,

Die Millionenmassen aller kampfbereiten antifaschistischen Streiter in Stadt und Land müssen sich im Zeichen des kampfgelöblichen der Antifaschistischen Aktion zu einer unüberwindlichen Armee des Freiheitskampfes vereinen.

In jeder Arbeitervereinbarung, in jedem Betrieb, an jeder Stempelstelle, in jeder Organisation gibt es, millionenfach das Kampfgelöbnis der Antifaschistischen Aktion abzugeben.

Gegen kapitalistische Ausbeutung und Knechtschaft! Für Arbeit, Brot und Freiheit! Gegen Arbeiterverrat und Hindenburgpolitik! Für rote Einheitsfront mit den sozialdemokratischen und allen Arbeitern! Gegen die Regierung der Industriellen, Junker und Generale! Für die Arbeiter- und Bauernregierung! Gegen Faschismus — für Sozialismus!

alle!
OK
rat
n
en
mpf
richten

Wie die Einheitsfront entsteht

Die Arbeit der gesamten Parteiapparats der SPD und der Apparats der Gewerkschaften, um die immer stärker wachsende wirkliche Einheitsfrontbewegung des Proletariats zu sabotieren. Trotz dieser offenen Sabotage läßt sich diese elementare Bewegung des Proletariats aber nicht mehr aufhalten. Zahlreiche Meetings aus dem Bezirk bewiesen uns, daß die SPD-Proleten ganz offen gegen ihre Führer zu rebellieren beginnen.

Insondere im Gebiet der „linken“ SPD im Zehner Bezirk, wird gegen die gemeine Schreibweise des „Vollsozial“ Sturm gelaufen. So erklärte der junge Döringhede der SPD in Tübingen, „er und seine Gruppe würden sich allen Kampfaktionen, gleich wie die Parteien seiner Parteiellen anließen, an der Seite der kommunistischen Arbeiter setzen“.

Der SPD-Funktionär Dietrich, in Tübingen, erklärte zu dem Artikel im „Vollsozial“: Einheitsfront-Vertrauen! Folgendes: „Man müßte dem Verholz gleich das Buch vor die Beine werfen! Die radikalen Arbeiter stehen mit bis an den Hals. Worne schreibt Verholz von „Einheitsfront Kosi-Kasi“, und im letzten Teil muß ich fähig berichten, wie die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter gemeinsam gegen die Nazis kämpfen.“

Der junge Unterbezirksleiter der SPD für den Kreis Quertur erklärte in seiner kurzen Rede bei einer überaus starken Einheitsfrontdemonstration:

„Nicht die Eisernen Front, die rote Einheitsfront ist die Arbeiterfront im Kampf gegen den Faschismus.“ Diesen witzigen Einmündungen der SPD-Arbeiter stehen, wie gelang, die verurteilten Anstrengungen der SPD-Führer entgegen, die kämpfende Einheitsfront unter allen Umständen zu verhindern. Solche Beispiele werden uns an Bestätigung gemeldet, wobei extra Verholz aus Zeit entlastet wurde, um mit einer wilden Kommunikation alle Verurteilungen zu Einheitsfront zu machen.

In Gerbicht war man bereits zwischen SPD und kommunistischen Arbeitern zu selten Beratungen gekommen, als die Unterbezirksleitung der SPD etwas davon erfuhr. Der Unterbezirksleiter der SPD wurde sofort nach Gerbicht entsandt mit dem Auftrage, alle Verhandlungen abzubreaken. Daraufhin legten verschiedene SPD-Funktionäre ihre Voten sofort nieder.

Ein Bericht erklärte uns die sozialdemokratischen Funktionäre, daß sie sich einen Dreck um die Sabotage ihrer Zeitungen kümmern, sondern gemeinsam mit den kommunistischen Arbeitern kämpfen und für jeden verurteilten kommunistischen Funktionär aus jeder in die Verurteilung springen würden.

So entsteht trotz aller Sabotageversuche der SPD-Führer die rote kämpfende Einheitsfront. Den sozialdemokratischen Arbeitern gehen gerade wegen unseres festen unerschütterlichen Auftretens gegenüber der Politik der SPD-Führerschaft die Augen auf. Wie heißt es doch am Schluß des Kampfpapier, als die sozialdemokratischen Arbeiter, den das Zentralkomitee der KPD im November 1933 ausgesprochenen Tadel verurteilten?

„Wir legen euch: Seht euch mit allen Kampfkräften der Arbeiter zusammen, die, die geistlichen und die Arbeiterklasse zusammen für Führung alle Bestreungen kämpfen, je reicher wird es gelingen, die Unternehmer und alle Reichsten auf die Knie zu zwingen.“

Nach dem 31. Juli:

Verhängter Mordterror der SA

Die holländische Zeitung „Het Volk“ ist in der Lage mitzutellen, daß am 31. Juli in Eintracht eine Konferenz der in Holland wohnenden Nazis mit einem Vertreter Hitlers, einem Duisfelder prominenten NSDAP-Führer, stattgefunden hat. In dieser Konferenz wurde mitgeteilt, daß für den Fall, daß die Nazis keine Weisheit am 31. Juli erzielen, eine verstärkte „Mobilisierung“ der Nazis erfolgen soll. Die NSDAP will mit dem Mordterror gegen die Arbeiter noch mehr steigern.

Der „Vorwärts“, der die Meldung des „Het Volk“, des holländischen SPD-Blattes, in Festsdruck veröffentlicht, merkt dabei nicht, wie er sich selbst ins Gesicht schlägt. Die Meldung beweist, daß die Einheitsfront in den außerparlamentarischen Kampfen fallen und helfen kann. Die Verurteilung des SPD-Vorstandes, die Arbeiter vom Kampf abzuhalten und auf eine Einmündung abzugeben am 31. Juli zu befähigen, in ein kranke Bild. Dieses Vertragsmanöver der SPD-Führer breitet den Nazis weiter den Weg.

Die verstärkten Mordbestrebungen der Nazis machen die Arbeiter, gemeinsam die Gegenwehr durchzuführen und als Voraussetzung zur Antifaschistischen Aktion am 31. Juli für die Partei zu gewinnen, die allein die proletarische Einheitsfront schmiedet, für die KPD, Seite 3!

Die Meinung der SPD-Arbeiter!

Das Berliner „12-Uhr-Blatt“ berichtet, daß bei der „Eisernen Front“-Demonstration immer wieder in den Zügen Schreihörner entstanden:

„Wenn Soja und Kommunisten zusammenziehen, müssen Papen und Hitler bald kumpeln gehen!“

Herr Severing und Herr Jordan!

Am 27. Mai versuchten die Hallschen Nazis mit der Großschauze Jordan an der Spitze eine öffentliche Versammlung der JSD im Gesellschaftshaus in Halle zu sprengen. Durch die Ruhe und Besonnenheit des kommunistischen Redners, des Genossen Paul Suhr, und der Arbeiter wurden die Nazisprotestanten an dieser Wut gebindert und von der Polizei an die frische Luft befördert.

Als sie gegen Arbeiter fest werden wollten, erhielten sie eine proletarische Antwort.

Jordan und sein Kumpan, ein Dr. Hallermann, hatten darauf im Freiwirtschaftlichen Landtag eine kleine Anfrage an Severing gestellt, ob das Staatsministerium so etwas billige. Jetzt hat Severing antwortet und den Parlamentarismus erklären, daß der Polizeioffizier verpflichtet war, die randalierenden Reizstoffe herauszunehmen. Wenn auch, so führt Severing fort, „gewisse Einzelmaßnahmen“ (1) des verantwortlichen Polizeioffiziers von mir nicht gebilligt werden.“

Der letzte Satz, den das „Vollsozial“ gestern schamhaft verschweigt, soll sich wohl auf das Verhalten des Offiziers gegenüber den proletarischen Versammlungsteilnehmern beziehen? Oder nicht, Herr Severing?

Kaus mit der braunen Mordpest aus den Betrieben!

Politische Massenstreikbeschlüsse gegen den Arbeitermord

(Eig. Bericht) Hamburg, 12. Juli.

Am Donnerstag findet die Verhandlung der beiden beim Sturm der SA auf das Ederförderer Gesellschaftshaus ermordeten Reichsmotorenarbeiter überführt, wo auch die Verhandlung stattfinden soll. Die Pflichtarbeiter von Ederförderer sind auf den Bauarbeiten in Ederförderer in den Proteststreik eingetreten. Dieser Proteststreik richtet sich gleichzeitig gegen das Verbot der für heute abend von der KPD angelegten Demonstration in Ederförderer. Die Einheitsfrontbewegung in Ederförderer ist wichtig. Die Empörung der Reichsbannerarbeiter über das verwerfliche Verhalten ihrer Führung, die am Tage des SA-Aufmarsches forderte, ins Gefängnis zu gehen, und so den braunen Mordbanden ihre Verurteilung möglich machte, ist allgemein. Wenn am gestrigen Tage wurden 7 Selbstmordattentate unter Teilnahme von SPD und Reichsbannerarbeitern begangen.

Die Schweizer der Deutschen Werte, einer Kieler Wert, sind in den Streit getreten, nachdem die Schweizer die Entlassung eines SA-Mannes verlangt hatten, der an dem blutigen Überfall auf das Gesellschaftshaus in Ederförderer beteiligt war. Die reformistischen Führer versuchen, die Arbeiter vom Streit abzu-

halten und erklären sich aus bereit, den Nazi im Erfolg zu lassen. Die Schweizer, die in den Proteststreik treten sind, sind bis auf einen sämtlich gewerkschaftlich organisiert.

In Schleswig hat die Belegschaft einer Fabrik die Wohlhabende Arbeiter in ihrer Belegschaftsversammlung die sofortige Entlassung von 3 Nazis beschlossen.

In der Vederfabrik von Racht sind zwei Reichsbannerarbeiter, die ebenfalls an dem Überfall auf das Gesellschaftshaus teilgenommen haben. Die Belegschaft forderte ebenfalls die sofortige Entlassung. Man wird mitteilen, daß in Ederförderer die Belegschaft der Fabrik die Proteststreik am Tage der Verhandlung der beiden ermordeten Reichsbannerkameraden beschlossen hat.

Streikbeschlüsse in Plauen gegen Nazi-Terror

(Eig. Drahtm.) Chemnitz, 13. Juli.

In der Protestkundgebung gegen den Hitler, 13. Juli, haben gemeldet Genossen 2 bis 3 beteiligter sich in Plauen 15.000 Arbeiter aller Parteigrößen, Arbeiter, Genossen, Arbeiter, wurde von der Polizei verboten. Einmündung wurde beschlossen, bei der Belegung am heutigen Tag in allen Betrieben in Plauen einen einmündigen Proteststreik durchzuführen.

Betriebe in der Antifaschistischen Kampfwoche

(Arbeiterkorrespondenz)

Eine gut besuchte Belegschaftsversammlung der Grube Blyß (Halle-Saalfeld) nahm nach einem Aufruf des Genossen Otto Schlag eine Entschloßung an, in der der Kampf der 30.000 kreitenden Belgischen Bergarbeiter begrüßt wurde. Die Versammlung beschloß, alle Kräfte zur Mobilisierung des Betriebes für die Antifaschistische Aktion einzusetzen. Der Verein hat mit bei der Reichstagswahl für die Väter 3, um seine Kampfbereitschaft im Rahmen der Antifaschistischen Aktion auszubringen. Besonders wurde begrüßt, daß auf der Reichstagslandtagsliste der KPD Bergarbeiter-

teranbieten aus dem Mansfelder Hungerland und die Zeit-Weihenfelder Arbeiter aufgestellt wurde.

Aus einem Nazi-„Muster“ Betrieb!

(Arbeiterkorrespondenz)

In der Amstößer Witum anlasslich wurde ein Aufbruch von 3 bis 9 in der Stunde durchgeführt. Es wurden 18 Entlassungen vorgenommen und den den mit Kündigung geordnet.

In der Amstößer Witum anlasslich wurde ein Aufbruch von 3 bis 9 in der Stunde durchgeführt. Es wurden 18 Entlassungen vorgenommen und den den mit Kündigung geordnet.

Generalstreik in Belgien ausgerufen!

Belgischer Massenkampf ein leuchtendes Beispiel für das internationale Proletariat

(Eig. Meldung.) Lüttich, 12. Juli.

Alle Kohlenbergwerke im Lütticher Revier liegen still. Der Generalstreik wurde, wie wir erfahren, für ganz Belgien proklamiert. Die Führer der belgischen Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaften haben gleichzeitig den Versuch unternommen, eine Bewegung gegen die Träger des Massenstreiks zu entfachen. Landroeder, der vor einigen Tagen von den kreitenden Bergarbeitern ausgepfiffen wurde, und seine Genossen fordern auf zum „Kampf gegen die Unruhmisler“. (!)

Ein neuer Sinowjew-Brief

Nach belgischen bürgerlichen Pressemeldungen sind 200 belgische kommunistische Funktionäre verhaftet. Nach der belgischen Zeitungen-Ausgabe sollen die kommunistischen Zentren beschlagnahmte Dokumente deutlich zeigen, daß zwischen Moskau und der belgischen kommunistischen Partei enge Beziehungen zum Zwecke der Vorbereitung

und Durchführung eines revolutionären Komplottes bestanden.

Jeder weiß, daß diese „Moskau-Briefe“ von Agenten der belgische gefächelt werden, um eine Hege gegen die Kommunisten insulieren.

Die „Belgische-Weinliche Zeitung“ schreibt über den belgischen Massenstreik, daß dieser Streik einer der eigenartigsten und einer der gefährlichsten ist, weil die Grenzen entgegenwärtig der Reformorganisationen jeder Streikbewegung gezogen sind.

Der Kleinstamp in Belgien signalisiert die bestechende Lösung der Kallengegenstände im internationalen Maßstab. Ist ein leuchtendes Beispiel für das gesamte internationale Proletariat. Das revolutionäre Proletariat in Deutschland hat keine kommunistische Partei außerhalb den kämpfenden Arbeiterbewegungen ihre revolutionäre Kampfstrategie mit dem Streikappell in Deutschland den Massenkampf und Massenstreik gegen Arbeiterbetriebe zu organisieren.

Krüger-Polizei schießt SPD-Arbeiter nieder

Blutbad in Theissen-Nonnewitz — SPD-Arbeiter, her zur Antifaschistischen Aktion! — Schluß mit dem „Eisernen-Front“-Schwundel

(Arbeiterkorrespondenz)

Am Montag abend schossen Theissenre Landjäger in eine nach Hunderten zählende Arbeitermenge, die sich vor einem Lokal angeammelt hatte, in der die Nazis eine Versammlung mit 60 auswärtigen SA-Leuten abhielten. Nachdem schon vorher

eine Arbeiterfrau mit dem Gummimüßel bedroht worden war, schoß die Polizei auf beiden SPD-Arbeiter abwärts und ein Mann niederschlug. Beide mühten schwerer ins Zehner Krankenhaus gebracht werden. Von der Polizei wurde mit dem Gewehr verurteilt, daß die Protesten nicht gestoppt hätten. Freitag soll in einer öffentlichen Versammlung eine Massenfestlichkeitsfeier auf dem Boden der roten Einheitsfront geschlossen werden.

Bereits in der vergangenen Woche kam es in Zeit auf Altmarkt während der Stadteroberungsfeierlichkeiten zu einem Zusammenstoß zwischen Krüger-Polizei und den Arbeitern. Auch dort kamen den von ihrem Parteigenossen beschützten Gummimüßel sozialdemokratische Arbeiter entgegen. Die SPD-Arbeiter diskutierten in großer Entrüstung.

„Man muß sofort an Krüger telefonieren, daß er sich um Genosse“ Ein anderer sagte über die Polizeiverurteilung: „Und bei jeder solche bei, die bei uns organisiert sind und das Absetzen der „Eisernen Front“ begreifen! Ihr nun endlich, sozialdemokratische Arbeiter, daß zusammenfinden müßt in der Antifaschistischen Aktion mit euren kommunistischen Kallengegenständen. „Man muß sofort an Krüger telefonieren, daß er sich um Genosse“ Ein anderer sagte über die Polizeiverurteilung: „Und bei jeder solche bei, die bei uns organisiert sind und das Absetzen der „Eisernen Front“ begreifen! Ihr nun endlich, sozialdemokratische Arbeiter, daß zusammenfinden müßt in der Antifaschistischen Aktion mit euren kommunistischen Kallengegenständen.“

Landarbeiterinnen streifen gegen Lohnabbau

Die Landarbeiterinnen des Gutes Warhanen bei Burg sind gegen einen unerhörten Lohnabbau, der bis zu 20 Prozent geht, in den Streik getreten. Die Arbeiterinnen verlangen die Wiedereinsetzung des alten Lohnes und sind entschlossen, Forderungen durchzusetzen.

Das sozialdemokratische „Vollsozial für Unheil“ wurde von der Regierung auf zehn Tage verboten. Wie zu erwarten, wird die Regierung der Spieß umgedreht und dem Reichsbannerappell Schuld an den feigen Mordverbrechen der Reichsbannerappell zugeschoben.

Das Papen-Kabinett hielt am gestrigen Nachmittag eine Sitzung ab, in der es sich einmündig mit der Einführung der Arbeiterbetriebspflicht beschäftigte. Söchter Alarm der Arbeiterbetriebspflicht ist notwendig.

Zwei Millionen Arbeiter

tragen bereits das Abzeichen der Antifaschistischen Aktion



2 Millionen Abzeichen sind bereits verkauft

Die dritte Million ist ausgeliefert! Antifaschisten, an die Arbeit! Heftet das Zeichen der roten Einheit jedem Arbeiter an den Kittel!

Schafft Munition für die Antifaschistische Aktion!

Blickt auf Italien

Was Mussolini forderte und was er durchführte

In März 1919 gründete Mussolini in Mailand den ersten "Partito Italiano di Combattimento" (Italienischer Kampfbund). Bald folgten die Gründung ähnlicher Kampfbünde in deren Städten.

Die Presse schrieb die Forderungen des "Kampf für die sozialistischen Grundsätze des revolutionären Krieges". Ihr Programm hatte denselben phrasenhaften sozialen Charakter der Bewegung wurde verleiht durch eine rein revolutionäre Propaganda.

Die Forderungen des "Kampf für die sozialistischen Grundsätze des revolutionären Krieges" wurden in Italien mit der Sieges Sozialdemokratie. Auch in Italien über die baltische Sozialdemokratie. Auch in Italien über die baltische Sozialdemokratie.



Die Forderungen des "Kampf für die sozialistischen Grundsätze des revolutionären Krieges" wurden in Italien mit der Sieges Sozialdemokratie. Auch in Italien über die baltische Sozialdemokratie.

Die Forderungen des "Kampf für die sozialistischen Grundsätze des revolutionären Krieges" wurden in Italien mit der Sieges Sozialdemokratie. Auch in Italien über die baltische Sozialdemokratie.

Die Forderungen des "Kampf für die sozialistischen Grundsätze des revolutionären Krieges" wurden in Italien mit der Sieges Sozialdemokratie. Auch in Italien über die baltische Sozialdemokratie.

Die Forderungen des "Kampf für die sozialistischen Grundsätze des revolutionären Krieges" wurden in Italien mit der Sieges Sozialdemokratie. Auch in Italien über die baltische Sozialdemokratie.

Die Forderungen des "Kampf für die sozialistischen Grundsätze des revolutionären Krieges" wurden in Italien mit der Sieges Sozialdemokratie. Auch in Italien über die baltische Sozialdemokratie.

Die Forderungen des "Kampf für die sozialistischen Grundsätze des revolutionären Krieges" wurden in Italien mit der Sieges Sozialdemokratie. Auch in Italien über die baltische Sozialdemokratie.

Die Forderungen des "Kampf für die sozialistischen Grundsätze des revolutionären Krieges" wurden in Italien mit der Sieges Sozialdemokratie. Auch in Italien über die baltische Sozialdemokratie.

Die Forderungen des "Kampf für die sozialistischen Grundsätze des revolutionären Krieges" wurden in Italien mit der Sieges Sozialdemokratie. Auch in Italien über die baltische Sozialdemokratie.

Die Forderungen des "Kampf für die sozialistischen Grundsätze des revolutionären Krieges" wurden in Italien mit der Sieges Sozialdemokratie. Auch in Italien über die baltische Sozialdemokratie.

Die Forderungen des "Kampf für die sozialistischen Grundsätze des revolutionären Krieges" wurden in Italien mit der Sieges Sozialdemokratie. Auch in Italien über die baltische Sozialdemokratie.

Die Forderungen des "Kampf für die sozialistischen Grundsätze des revolutionären Krieges" wurden in Italien mit der Sieges Sozialdemokratie. Auch in Italien über die baltische Sozialdemokratie.

Die Forderungen des "Kampf für die sozialistischen Grundsätze des revolutionären Krieges" wurden in Italien mit der Sieges Sozialdemokratie. Auch in Italien über die baltische Sozialdemokratie.

Die Forderungen des "Kampf für die sozialistischen Grundsätze des revolutionären Krieges" wurden in Italien mit der Sieges Sozialdemokratie. Auch in Italien über die baltische Sozialdemokratie.

Die Forderungen des "Kampf für die sozialistischen Grundsätze des revolutionären Krieges" wurden in Italien mit der Sieges Sozialdemokratie. Auch in Italien über die baltische Sozialdemokratie.

Die Forderungen des "Kampf für die sozialistischen Grundsätze des revolutionären Krieges" wurden in Italien mit der Sieges Sozialdemokratie. Auch in Italien über die baltische Sozialdemokratie.

Die Forderungen des "Kampf für die sozialistischen Grundsätze des revolutionären Krieges" wurden in Italien mit der Sieges Sozialdemokratie. Auch in Italien über die baltische Sozialdemokratie.

Die Forderungen des "Kampf für die sozialistischen Grundsätze des revolutionären Krieges" wurden in Italien mit der Sieges Sozialdemokratie. Auch in Italien über die baltische Sozialdemokratie.

Die Forderungen des "Kampf für die sozialistischen Grundsätze des revolutionären Krieges" wurden in Italien mit der Sieges Sozialdemokratie. Auch in Italien über die baltische Sozialdemokratie.

Die Forderungen des "Kampf für die sozialistischen Grundsätze des revolutionären Krieges" wurden in Italien mit der Sieges Sozialdemokratie. Auch in Italien über die baltische Sozialdemokratie.

Die Forderungen des "Kampf für die sozialistischen Grundsätze des revolutionären Krieges" wurden in Italien mit der Sieges Sozialdemokratie. Auch in Italien über die baltische Sozialdemokratie.

Die Forderungen des "Kampf für die sozialistischen Grundsätze des revolutionären Krieges" wurden in Italien mit der Sieges Sozialdemokratie. Auch in Italien über die baltische Sozialdemokratie.

Pariser Arbeiter mit uns im Kampf gegen Versailles, Faschismus und Krieg!

Aur der Kommunisten belagert eine solche internationale Front zustande

Der Arbeiter- und Bauern-Komitee Kongress von Paris und Umgebung, am dem 2000 Delegierte (1352 Mitglieder der Einheitsgewerkschaft, 1352 Mitglieder der KP und KZG, 215 Unorganisierte, 21 Mitglieder der selbstständigen Gewerkschaften, 42 Mitglieder des autonomen Gewerkschaften und sozialdemokratische Arbeiter) teilnahmen, die mehrere hunderttausend Arbeiter von Paris, aus den Departements Seine et Oise und Seine et Marne vertreten, wurde ein Beschluß gefaßt, der die revolutionäre Solidarität der französischen Arbeiterschaft mit dem deutschen Proletariat zum Ausdruck bringt. Wir veröffentlichen nachfolgend die Resolution im Wortlaut:

„Der Arbeiter- und Bauernkongress der Werktätigen von Paris und Umgebung entsendet den deutschen Proletariaten, die zusammen mit der kommunistischen Partei und den revolutionären Organisationen gegen das Verbrechen des Faschismus und den Krieg kämpfen, revolutionäre Grüße.“

Die auf dem Kongress anwesenden Delegierten verpflichten sich, mit erhöhter Energie gegen den französischen Imperialismus zu kämpfen, der mit Hilfe des schändlichen Versailles-Vertrags die Arbeiter und wertvollen Bauern Deutschlands und der anderen besiegten Länder freisetzt und ausbeutet.

Angesichts des Verlaufs der Konferenzen in Lausanne und Genf, die trotz aller anhaltenden Gegenläufe zwischen dem imperialistischen Willen und die erste große Rolle des französischen Imperialismus unterzeichnet, nämlich die Versailles-Verträge, die die Arbeiter und wertvollen Bauern Deutschlands und der anderen besiegten Länder freisetzt und ausbeutet.

Prozess gegen Kuegg wegen Lebensgefahr unterbrochen

Schanghai, 12. Juli. Die Verhandlungen im Prozess gegen Genossen Kuegg und Frau wurden vom Richter wegen Lebensgefahr unterbrochen. Das Richteramt befindet sich heute in der Stadt, die durch ihren ständigen Hungerstreik herangezogen wurde, unterbrochen. Das Richteramt befindet sich heute in der Stadt, die durch ihren ständigen Hungerstreik herangezogen wurde, unterbrochen.

Trotzdem wird angenommen, daß infolge der harten Erregung der öffentlichen Meinung der ganzen Welt durch diesen Prozess das Richteramt die Verhandlung vertagen und die Angeklagten bis zur Entscheidung der Frage der Kompetenz des Gerichtes nach Schanghai überführt werden.

Die Schanghai ausländische Presse veröffentlicht an herangezogenen Stelle ausführliche Berichte über den Prozess und den Hungerstreik von Kuegg und seiner Frau. Die Zeitungen berichten nachdrücklich ihre Ablehnung der politischen Anschuldigungen Kueggs, wenden sich aber gegen die überaus lange Untersuchungs- und Landwirtschaf um 20, 30 und auch 50 Prozent herabgesetzt.

Die Schanghai ausländische Presse veröffentlicht an herangezogenen Stelle ausführliche Berichte über den Prozess und den Hungerstreik von Kuegg und seiner Frau. Die Zeitungen berichten nachdrücklich ihre Ablehnung der politischen Anschuldigungen Kueggs, wenden sich aber gegen die überaus lange Untersuchungs- und Landwirtschaf um 20, 30 und auch 50 Prozent herabgesetzt.

Die Schanghai ausländische Presse veröffentlicht an herangezogenen Stelle ausführliche Berichte über den Prozess und den Hungerstreik von Kuegg und seiner Frau. Die Zeitungen berichten nachdrücklich ihre Ablehnung der politischen Anschuldigungen Kueggs, wenden sich aber gegen die überaus lange Untersuchungs- und Landwirtschaf um 20, 30 und auch 50 Prozent herabgesetzt.

Die Schanghai ausländische Presse veröffentlicht an herangezogenen Stelle ausführliche Berichte über den Prozess und den Hungerstreik von Kuegg und seiner Frau. Die Zeitungen berichten nachdrücklich ihre Ablehnung der politischen Anschuldigungen Kueggs, wenden sich aber gegen die überaus lange Untersuchungs- und Landwirtschaf um 20, 30 und auch 50 Prozent herabgesetzt.

Die Schanghai ausländische Presse veröffentlicht an herangezogenen Stelle ausführliche Berichte über den Prozess und den Hungerstreik von Kuegg und seiner Frau. Die Zeitungen berichten nachdrücklich ihre Ablehnung der politischen Anschuldigungen Kueggs, wenden sich aber gegen die überaus lange Untersuchungs- und Landwirtschaf um 20, 30 und auch 50 Prozent herabgesetzt.

Die Schanghai ausländische Presse veröffentlicht an herangezogenen Stelle ausführliche Berichte über den Prozess und den Hungerstreik von Kuegg und seiner Frau. Die Zeitungen berichten nachdrücklich ihre Ablehnung der politischen Anschuldigungen Kueggs, wenden sich aber gegen die überaus lange Untersuchungs- und Landwirtschaf um 20, 30 und auch 50 Prozent herabgesetzt.

Die Schanghai ausländische Presse veröffentlicht an herangezogenen Stelle ausführliche Berichte über den Prozess und den Hungerstreik von Kuegg und seiner Frau. Die Zeitungen berichten nachdrücklich ihre Ablehnung der politischen Anschuldigungen Kueggs, wenden sich aber gegen die überaus lange Untersuchungs- und Landwirtschaf um 20, 30 und auch 50 Prozent herabgesetzt.

Die Schanghai ausländische Presse veröffentlicht an herangezogenen Stelle ausführliche Berichte über den Prozess und den Hungerstreik von Kuegg und seiner Frau. Die Zeitungen berichten nachdrücklich ihre Ablehnung der politischen Anschuldigungen Kueggs, wenden sich aber gegen die überaus lange Untersuchungs- und Landwirtschaf um 20, 30 und auch 50 Prozent herabgesetzt.

Die Schanghai ausländische Presse veröffentlicht an herangezogenen Stelle ausführliche Berichte über den Prozess und den Hungerstreik von Kuegg und seiner Frau. Die Zeitungen berichten nachdrücklich ihre Ablehnung der politischen Anschuldigungen Kueggs, wenden sich aber gegen die überaus lange Untersuchungs- und Landwirtschaf um 20, 30 und auch 50 Prozent herabgesetzt.

Die Schanghai ausländische Presse veröffentlicht an herangezogenen Stelle ausführliche Berichte über den Prozess und den Hungerstreik von Kuegg und seiner Frau. Die Zeitungen berichten nachdrücklich ihre Ablehnung der politischen Anschuldigungen Kueggs, wenden sich aber gegen die überaus lange Untersuchungs- und Landwirtschaf um 20, 30 und auch 50 Prozent herabgesetzt.

Die Schanghai ausländische Presse veröffentlicht an herangezogenen Stelle ausführliche Berichte über den Prozess und den Hungerstreik von Kuegg und seiner Frau. Die Zeitungen berichten nachdrücklich ihre Ablehnung der politischen Anschuldigungen Kueggs, wenden sich aber gegen die überaus lange Untersuchungs- und Landwirtschaf um 20, 30 und auch 50 Prozent herabgesetzt.

Die Schanghai ausländische Presse veröffentlicht an herangezogenen Stelle ausführliche Berichte über den Prozess und den Hungerstreik von Kuegg und seiner Frau. Die Zeitungen berichten nachdrücklich ihre Ablehnung der politischen Anschuldigungen Kueggs, wenden sich aber gegen die überaus lange Untersuchungs- und Landwirtschaf um 20, 30 und auch 50 Prozent herabgesetzt.

Die Schanghai ausländische Presse veröffentlicht an herangezogenen Stelle ausführliche Berichte über den Prozess und den Hungerstreik von Kuegg und seiner Frau. Die Zeitungen berichten nachdrücklich ihre Ablehnung der politischen Anschuldigungen Kueggs, wenden sich aber gegen die überaus lange Untersuchungs- und Landwirtschaf um 20, 30 und auch 50 Prozent herabgesetzt.

Die Schanghai ausländische Presse veröffentlicht an herangezogenen Stelle ausführliche Berichte über den Prozess und den Hungerstreik von Kuegg und seiner Frau. Die Zeitungen berichten nachdrücklich ihre Ablehnung der politischen Anschuldigungen Kueggs, wenden sich aber gegen die überaus lange Untersuchungs- und Landwirtschaf um 20, 30 und auch 50 Prozent herabgesetzt.

Die Abschaffung des Versailles-Vertrags und für die Annulierung der Krieg- und Reparations-schulden mit verstärkter Kraft weiter zu führen.

Dieser unter Kampf wird die Arbeiter Deutschlands in ihrem Kampf gegen den Faschismus der Hitler und Hindenburg — dessen Wegbereiter die Sozialdemokratie ist — unterstützen.

Durch die gemeinsame Aktion der Werktätigen Deutschlands und Frankreichs werden wir die deutschen und französischen Imperialisten — besonders den französischen Imperialismus, unter dessen Führung sich die Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion vollziehen — zum Sturz bringen und zerstören.

Der Kongress beschließt die Entsendung von Delegierten in die Großstädte Deutschlands, um in den Arbeiter- und Bauern Deutschlands in ihrem Kampf gegen den Faschismus, gegen den imperialistischen Krieg, für den revolutionären Ausweg aus der Krise durch die Ermordung des deutschen Imperialismus und aller seiner Stützen, die Solidarität der Werktätigen von Paris und Umgebung durch praktische Hilfe zu bewirken.

Nieder mit dem deutschen Faschismus, der nichts anderes als eine Waffe des Imperialismus zur Anechtung und zur Zerschlagung des Proletariats und der revolutionären Bewegung ist.

Nieder mit dem französischen Imperialismus, dem Ausbeuter des deutschen Proletariats!

Nieder mit dem System des Versailles-Vertrages!

Es lebe die internationale Einheitsfront der Arbeiterklasse! Es lebe der gemeinsame Kampf der deutschen und französischen Proletariats!

Japan will Mongolei beiegen

Tokio, 12. Juli. Die Kaiserliche Kommission hat in Tokio, was sie sich bezog, um die Anforderungen des japanischen Imperialismus für ihr weiteres Verhalten entgegenzunehmen, eine Unterredung mit dem Kriegsminister Kato, bei der dieser äußerte: „Das Bebiegen Japans und die Sicherheit der Verteidigung des japanischen Staates sind von der Mandchurien und der Mongolei abhängig. Deshalb ist es notwendig, daß Friede und Ordnung, sowie auch die Verteidigung der Selbständigkeit in dem neuen mandchurischen Staat gesichert werden.“

Die Unterredung Kato, daß die Sicherheit Japans auch von der Mongolei abhängig sei, muß als ein weiterer Schritt zur Vorbereitung der militärischen Einnahme der Mongolei und zur Erweiterung der Kriegsbasis gegen die Sowjetunion betrachtet werden.

Streitfolge in Schanghai

Schanghai, 12. Juli. Der Streit in den Schanghaier Seifenfabriken, der seit dem 26. Juni andauert, ist mit einem Erfolg abgeschlossen worden. Die Löhne sollen um 3 Cents erhöht und die Arbeitszeit um eine Stunde auf 11 Stunden täglich herabgesetzt werden.

Die streikenden Arbeiter und Angestellten der französischen Straßenbahngesellschaft haben eine Reihe neuer Forderungen aufgestellt, darunter die Forderung einer 10prozentigen Lohnerhöhung, sowie Entlassung sämtlicher Streikbrecher.

Die streikenden Arbeiter und Angestellten der französischen Straßenbahngesellschaft haben eine Reihe neuer Forderungen aufgestellt, darunter die Forderung einer 10prozentigen Lohnerhöhung, sowie Entlassung sämtlicher Streikbrecher.

Die streikenden Arbeiter und Angestellten der französischen Straßenbahngesellschaft haben eine Reihe neuer Forderungen aufgestellt, darunter die Forderung einer 10prozentigen Lohnerhöhung, sowie Entlassung sämtlicher Streikbrecher.

Die streikenden Arbeiter und Angestellten der französischen Straßenbahngesellschaft haben eine Reihe neuer Forderungen aufgestellt, darunter die Forderung einer 10prozentigen Lohnerhöhung, sowie Entlassung sämtlicher Streikbrecher.

Die streikenden Arbeiter und Angestellten der französischen Straßenbahngesellschaft haben eine Reihe neuer Forderungen aufgestellt, darunter die Forderung einer 10prozentigen Lohnerhöhung, sowie Entlassung sämtlicher Streikbrecher.

Die streikenden Arbeiter und Angestellten der französischen Straßenbahngesellschaft haben eine Reihe neuer Forderungen aufgestellt, darunter die Forderung einer 10prozentigen Lohnerhöhung, sowie Entlassung sämtlicher Streikbrecher.

Die streikenden Arbeiter und Angestellten der französischen Straßenbahngesellschaft haben eine Reihe neuer Forderungen aufgestellt, darunter die Forderung einer 10prozentigen Lohnerhöhung, sowie Entlassung sämtlicher Streikbrecher.

Die streikenden Arbeiter und Angestellten der französischen Straßenbahngesellschaft haben eine Reihe neuer Forderungen aufgestellt, darunter die Forderung einer 10prozentigen Lohnerhöhung, sowie Entlassung sämtlicher Streikbrecher.

Die streikenden Arbeiter und Angestellten der französischen Straßenbahngesellschaft haben eine Reihe neuer Forderungen aufgestellt, darunter die Forderung einer 10prozentigen Lohnerhöhung, sowie Entlassung sämtlicher Streikbrecher.

Die streikenden Arbeiter und Angestellten der französischen Straßenbahngesellschaft haben eine Reihe neuer Forderungen aufgestellt, darunter die Forderung einer 10prozentigen Lohnerhöhung, sowie Entlassung sämtlicher Streikbrecher.

Die streikenden Arbeiter und Angestellten der französischen Straßenbahngesellschaft haben eine Reihe neuer Forderungen aufgestellt, darunter die Forderung einer 10prozentigen Lohnerhöhung, sowie Entlassung sämtlicher Streikbrecher.

Theodor Plivier: Der Kaiser ging, die Generale blieben

Nur wenige kommen sich gegen die Wahl Kosses. Aber ihre Stimmen gehen in der Menge unter.

Ein Abgeordneter, — das ist fast so, als ob die Bewegung durch legalisiert wäre. Die Abgeordneten und Militärler führen sich entsetzt und ihre Aussicht auf Strafe geringer werden.

Arzt hat Einwendungen und erklärt, daß bindende Entschlüsse erst gefaßt werden sollen, wenn die Abgeordneten Halle und Leobau ebenfalls eingetroffen und gehört worden sind. Doch Kosses wartet die weitere Entschlußung und die Debatte erst gar nicht ab. Unter Zurufen und lebhaftem Winken der Matrosen verläßt er den Platz. Er läßt sich nicht zum Gewerkschaftshaus bringen, in dem der Soldatenrat sich niedergelassen hat, sondern zum Stützpunkt aus den Häusern heraus auf der von der Demonstration zurückziehenden Straße gefolgt wird, verhandelt Kosses mit dem Chef des Stabes, Admiral Küstel, und bittet ihn und seine Offiziere, auf ihrem Posten zu bleiben. Es werden ihm im Stützpunkt ein eigener Zimmer zur Verfügung gestellt. Unter Winken der Offiziere scheidet er sich ein. Von den sechzig Mann, die die einzelnen Formationen am Nachmittag als ihre gewählten Vertreter schicken, sucht er sich den Geschäften nach neun Mann zu seiner Hilfe aus.

„Was geht es an die Arbeit. Er gibt einen Anschlag in Druck, auf dem es als Vorhändler des Soldatenrats bekannt gemacht wird. Seine nächste Sorge sind die bewaffneten Matrosen. Er erklärt ein Dekret, nach dem Waffen und Munition abzugeben sind. In die von den Offizieren bewachten Hotels läßt er Schutzwachen legen. Soldatenrat, die keine Munition nicht ansetzen und an anderen Stellen zeigen, bezeichnet er als „wilde Mäde“ und erklärt sie für abgelegt. Er läßt sich telefonisch mit Berlin verbinden und teilt dem Staatssekretär der Marine, Ritter von Mann, mit, daß augenblicklich in Kiel Rufe herrsche. Großes Gerede über die Matrosen auf die Besetzung der Amneistie notwendig.“

„Ja, auch die Matrosen von 1917!“

„Die Amneistie muß ich bis morgen verfallen können, sonst kann ich nicht länger in Kiel bleiben!“

Der von Kosses informierte Staatssekretär der Marine geht in die gerade laufende Kabinettssitzung zurück. Die Minister haben jedoch den Bericht entgegengenommen, daß die von Scheidemann angeregte Aktion gegen die russische Flotte gelungen ist. Eine der Kurierfahrten ist programmäßig bei der Beförderung auf dem Schiffsdienstbahnhof „verheerlich“ geplant. Und im Polizeipräsidium wurde programmäßig das Material aus den Kisten zutage gefördert, das die Regierung die Handhabe gibt, die russische Flotte aus Berlin auszuweisen.

Der Staatssekretär der Marine bekommt jetzt das Wort. Er unterrichtet das Kabinett über sein Gespräch mit dem nach Kiel geschickten Abgeordneten Kosses und schließt mit den Worten: „Gegen die Gewährung der Amneistie habe ich ernste Bedenken.“

Der Kriegsminister von Schleich spricht sich ebenfalls gegen eine Amneistie aus: „Wir dürfen nicht glauben, daß wir die Abdeckschür nicht fallen werden. Die Befugnisse der militärischen Befehlshaber regeln sich nach militärischen Grundsätzen.“

Der Staatssekretär Haugmann, der inzwischen wieder in Berlin eingetroffen ist, wirft ein: „Der von Kosses beschriebene Weg wird am raschesten zum Ziele führen. Wir dürfen ihm nicht in den Rücken fallen.“

Der Staatssekretär des Reichsministeriums erklärt: „Aber die Sache liegt doch so, daß die Arbeiter und Soldaten jetzt vollständig das Heft in der Hand haben. Telefon und Telegraph werden kontrolliert. Wir müssen ein Gemepel statulieren. Durch Hunger sind die Matrosen nicht zu bezwingen. Man muß mit großer Macht eindringen und es mit Schiffsbeschießen.“

„Die Schiffe freuden doch unter roten Gejapen auf der Dillee.“

„Und gegen 40.000 auf demmearte, zur ertränkte und aus-“

„Ganz im Gegenteil, der stellvertretende Kommandierende General des IX. Armeekorps vorzulegt bereits dringend militärischen Schutz für andere Küstenorte. In Lübeck sind 600 Matrosen gefandet!“

Der Staatssekretär Erzberger schlägt vor: „Man muß über Kiel durch Zitterer Proklamationen abmerken lassen, die strenge Strafe androhen und die gleichzeitig demontieren, daß Haugmann ein Amneistieversprechen gegeben habe.“

Doch das Kabinett kommt zu keinem Entschluß.

Der Reichszentraler verliest eine Resolution aus Friedrichs-Ort: „10.000 Soldaten verlangen das gleiche Wahlrecht!“

Ein Minister meint, in dieser Situation ist die sofortige Rückkehr des Kaisers nach Berlin nun doch erforderlich.

„In jeder Beziehung hat der Prinz schon alle Stränge gezogen!“ bemerkt Dr. Solf.

Ein neues Telefonat von Kosses wird gemeldet: „Kosses hat auf Anfrage erklärt, es wird nur ein nutzloses Klack geben. Die 40.000 Matrosen können nicht übermäßig werden. Ein solcher Versuch würde auch keine Verhängung unmöglich machen!“

Der Kriegsminister wirft resigniert ein: „Die zur Verfügung stehenden Truppen sind auch zu schwach!“

„Wer Kosses hat es dazu gebracht, daß das Schicksal leitens der Mandchurien ausgeht hat. Auch die Offiziere sind veranlagt worden, das Schicksal aufzugeben. Und er hofft, die Waffen wieder unter Verhängung zu bekommen!“

Die gemeinsame Niederzwingung des Kaiserreiches wird von der Regierung verweigert, bis der Kriegsminister von Schleich zu diesem Zwecke gefällige Formationen aus der Front zur Verfügung hat. Und man einigt sich, dem Abgeordneten Kosses mitzutellen: es bestehe Bereitwilligkeit, einigen der aufgelisteten Forderungen zu entsprechen. Im übrigen habe die Regierung das Vertrauen, daß es ihm gelingen werde, mit der „fürchterlichen Sache“ einig zu machen fertig zu werden. Prinz Max von Baden läßt ihn sagen, daß er unter allen Umständen in Kiel auf dem Posten bleiben wolle! Am nächsten Tag in Kiel. (Fortsetzung folgt.)

RUND UM DEN ERDBALL

NSDAP. eine Arbeiterpartei?

1.

Diese Mittelteilerei ist geschrieben an Hand einiger Kapitel aus dem demnächst im „Internationalen Arbeiter-Verlag“ erscheinenden Buch von David über die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Theorien der Nazis. Wie empfehlen, diese Artikel auszuscheiden und als Diskussionsmaterial zu verwenden.

I. Die Lohnpolitik der Nazis

22 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte, zusammen mit ihren Familien umet Drittel des deutschen Volkes, leben von Lohn, Gehalt und Unterstützung. Wie stellt sich die NSDAP, die sich „Deutsche Arbeiterpartei“ nennt, zu den Fragen, die die Lohn- und Gehaltsempfänger am ehesten bewegen?

Wiel mehr als die Verprechungen für die ferne Zukunft des vollendeten „Dritten Reiches“ interessiert die Arbeiter und Angestellten die nahe Gegenwart. Nicht so sehr der von den Nazis versprochene Himmel auf Erden im fernen Hitler-Reich, sondern hier die Politik und Praxis in der Gegenwart gilt es zu klären. In wessen Interesse liegt diese Politik und Praxis?

Wie stehen die Nazis zum Tarifvertrag?

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen werden im Deutschland der Nazifregiererei überwiegend durch Tarifverträge geregelt. Das Fundament des Tarifvertrages ist seine Unabdingbarkeit, d. h. die im Tarifvertrag vereinbarten Bedingungen können im individuellen Arbeitsvertrag nicht verschlechtert werden, auch wenn beide, Unternehmer und Arbeiter, dazu willens sind. Seit Jahr und Tag laufen die Unternehmer gegen die Unabdingbarkeit des Tarifvertrages Sturm, wenn nicht offen, so unter der Tarnung des Schlagwortes: „Auflösung der Tarifverträge“. Die Unternehmer erklären, sie „bejahen“ den Tarifvertrag, nur so er zu kurz, er müsse elastisch gehalten, aufgelockert werden. Die „Auflösung der Tarifverträge“ ist insbesondere jetzt Herbst 1931 der wichtigste Sturmbaum der Unternehmer gegen den Tarifvertrag. Die Unternehmer wollen — mit oder ohne Hilfe des Schlichtungsapparates — das Recht erhalten, in „notleidenden Betrieben“ untertarifliche Löhne zu zahlen. Das heißt die meisten deutschen Betriebe es leicht haben, zu beweisen, daß sie „notleidend“ sind, verweist sich von selbst. Die Brüningregierung hat mit der Unterstützung der Gewerkschaftsführer eine Reihe Schritte auf dem Wege der „Auflösung“ gemacht. Die Unternehmer versprechen sich mit Recht durch die „Auflösung“ einen weiteren Berg auf dem des Lohnes und die radikale Verschlechterung aller anderen Arbeitsbedingungen. Was sagt dazu die NSDAP?

In einem ausdrücklich als parteiamtlich bezeichneten Aufsatze, der „die vollste Billigung des Führers der NSDAP“ gefunden hat, schildert Gregor Strasser die Stellungnahme seiner Partei zum Tarifvertrag, wie sie im März 1931 und immer sein wird, folgendermaßen:

„Darum bejahen wir das Tarifrecht. Darüber hinaus bejahen wir das Leben... Es kann Zeiten und Umstände geben, die Ausnahmen vom Tarifrecht notwendig machen.“ („Wölkischer Beobachter“, 15. November 1931; „Mitteilungsblatt“, 5. Dezember 1931.)

Die Stellung der NSDAP zur Unabdingbarkeit, mit der der Tarifvertrag steht und fällt, läßt also keine Zweifel übrig. In einer geheimen Denkschrift der „Vereinigung der Deutschen Arbeiter-Gewerkschaften“ an die Reichsregierung vom 16. September 1931 wird wörtlich überliefert mit Gregor Strasser erklärt:

„Die Vereinigung der Deutschen Arbeitergewerkschaften bejahen nicht im Grundsatze den Tarifvertrag... Er erhebt lediglich gegenüber einer schematischen Durchführung die Forderung der Sicherstellung der erforderlichen Elastizität.“

Mitte Dezember 1932 wurden die Fragen des Tarifvertrages in einer gemeinsamen Sitzung des Reichsanwaltes und Hauptgeschäftsführers des Reichsverbandes der Deutschen Industrie unter dem Vorsitz von Rupp behandelt. Nach dem Bericht der „Berliner Börsenzeitung“ vom 20. Februar 1932 sprach in dieser Sitzung der Referent, Geheimrat Kappel, von der Notwendigkeit der elastischen Gestaltung des Tarifvertrages und sagte:

„Das bedeutet keinen Angriff auf das System der Tarifverträge, sondern eine Anpassung an die wirtschaftlich gegebenen Möglichkeiten, eine Auflockerung der Erstarzung.“

Krupp, Goeltzen und Gregor Strasser fordern wörtlich übereinstimmend die Durchföhrung der Tarifverträge, die Abschaffung der Unabdingbarkeit, was in der Tat die Zerstückelung des Tarifvertrages bedeutet. Die Verschönerung Gregor Strassers, daß seine Partei den Tarifvertrag „bejahen“, ist nach seiner Erklärung über die „notwendigen Ausnahmen vom Tarifrecht“ genau so viel mehr, wie die Verschönerungen der Unternehmerverbände, die genau mit denselben Worten den Tarifvertrag „bejahen“.

Krise und Löhne — Schlichtungswesen

Auch die Frage „Krise und Löhne“ lösen die Nazis nach dem Rezept der Schaffmachers. Es gibt bekanntlich keine Unternehmenszeitung, die nicht tagen — tagaus erklärt, Senkung der Löhne führe zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, die Arbeitslosigkeit führe angeblich selbst an Lohnsenkung während der Krise interessiert. Was sagen die Nazis dazu?

Aus der Fülle von Versicherungen seien hier nur zwei angeführt. Bei Verhandlungen über Entlassung von Angestellten in der Berliner Metallindustrie brachte der „Wölkische Beobachter“ (Nr. 201 von 1930) einen Vorfall, in dem es heißt:

„Die Verhandlungen bei der Berliner Metallindustrie sind wieder gescheitert. Obwohl die Unternehmer sich bereit erklärt hatten, 75 Prozent der ausgesprochenen Rückbildungen zurückzunehmen (bei Kürzung der Gehälter) und bis Ende des Jahres keine weiteren Rückbildungen auszusprechen, hatten die Gewerkschaften jede Rückbildung abgelehnt. Damit werden — wenn nicht das Reich eingreift — von neuem 6000 Angestellte betroffen. Die Gewerkschaften aber haben den traurigen Nachteil, die Lohnkürzungen, die nach dem Vorschlag der Unternehmer die Entlassungen unmöglich gemacht hätten, abgelehnt zu haben und so die „lokalen Entlassungen“ mit „Erfolg“ verteidigt zu haben.“

Walter Funk, wirtschaftspolitischer Sachverständiger der

NSDAP, erklärte in einer pressegeleglichen Erwiderung an die „Köte Fabrik“ vom 13. November 1931 und in einem Aufruf im „Angriff“ vom 14. November 1931:

„Es ist allerdings für die Wirtschaft und für den einzelnen Arbeiter besser, wenn mehr Arbeiter zu herabgesetzten Löhnen beschäftigt werden, die noch einen Beitrag für die Produktion zu leisten und dadurch die Arbeitslosigkeit gekoppelt und wirksam bekämpft werden kann.“

Lohnsenkung wird also ausdrücklich als Mittel zur Verminderung der Erwerbslosigkeit in der Krise empfohlen. Gegen die Gewerkschaftsführer, die nach der Meinung des „Wölkischen Beobachters“ viel zu unangenehm leiten, wird an das Reich appelliert. Das Reich, d. h. die Schlichter, sollen „eingreifen“. Wie sich die deutschen Arbeiter zu den Schlichtern stellen, ist so ziemlich bekannt. Die Führer der NSDAP aber stellen sich zum Schlichter ganz anders. In dem oben zitierten Artikel schreibt Gregor Strasser:

„Der Schlichter von heute ist ein armer Mensch, der kompromittiert und zu dem die einen mit unbilligen Forderungen, die anderen mit unbilligen Unterangeboten kommen.“

Strasser ist also der Auffassung, die Arbeiter kommen zum Schlichter von heute mit „unbilligen Forderungen“.

„Leistungslohn“ und Streiks

Die NSDAP tritt für den „Leistungslohn“ als Form des Arbeitslohnes ein. Das heutige System der Tariflöhne soll gänzlich beseitigt werden. Die Nazis wollen die Festlegung eines Mindestlohnes nach dem letzten etwa im Rahmen der Säge der Wohlfahrtsunterstützung und darüber hinaus keine Bindungen, sondern Entlohnung nach der geleisteten Arbeit.

Dieses System des Arbeitslohnes war schon immer der Wunschtraum der schamrachsigen Unternehmer und ihrer Syndikate. Die Spanne zwischen dem Mindest- und dem Höchst-

lohn, die auch jetzt viel zu hoch ist, würde beim „Leistungslohn“ unerträglich steigen. Der Arbeiter wird durch „Leistungslohn“ maximalbeizugung der Arbeitsintensität angetrieben. Nach dem „Leistungslohn“ die ganz ungeheure Steigerung Konkurrenz zwischen Arbeiter und Arbeiter. Der Unternehmer erhält die Möglichkeit, jeden Arbeiter gegen den anderen zu spielen und damit die Ausbeutung der gesamten Belegschaft zu erhöhen.

1927 kritisierte die Arbeiter des Norddeutschen Volkskongresses der Herren Schulzen — die Schulzen sind bekanntlich zu den Geldgebern der Nazibewegung — gegen den eingeföhrten „Leistungslohn“. Dr. Fork, der damals Syndikus der „Nordrolle“, war der Generalsekretär der „Leistungslohn“-Kommission. 1927 und 1928 war dieser Dr. Fork der rufende Referent auf verschiedenen Unternehmertagungen und Leistungslöhne. Es muß aber zur „Ehre“ des Herrn Dr. Fork gesagt werden, daß sein Leistungslohn feincomeglo (scharf) und brutal ausseh, wie der Leistungslohn der Nationalsozialistischen Deutschen „Arbeiterpartei“. Die Nazis fordern eine Form des Arbeitslohnes, die die höchsten Träume der Schaffmachers den Schichten stellt.

Wir konnten also in die großen Umrisse der Lohnpolitik der Nazis skizzieren. Diese Lohnpolitik sieht der Politik von Krupp und Goeltzen wie ein Ei dem anderen ähnlich. Bei der Festlegung der Lohnpolitik der Nazis muß aber noch etwas beachtet werden. Die Nazis treten für den elastischen Tarifvertrag ein. Sie „bejahen“ trotzdem den Tarifvertrag. Sie sind der Auffassung, daß die Löhne herabzusetzen, von den Arbeitern und Unternehmern, vereinbart werden. Somit wäre die „Bejahung“ des Tarifvertrages einfach sinnlos. Und nur springende Punkte: Welche Mittel hat die Arbeiterbewegung ihre Forderungen bei dem Vorhau einer solchen Verhandlung durchzusetzen? Doch in der Hauptsache das Mittel des Streiks. Es hätte also die „Bejahung“ des Tarifvertrages seitens der Nazis irgenwelchen Sinn, wenn sie sich zum Streik bekennen. Sind sie gegen Streik, dann sind die Vereinbarungen, von denen sie sprechen, keine Vereinbarungen, sondern einseitige Diktate der Unternehmer. Wie stellen sich die Nazis zum Streik?

Der Tod des Schutzhöfnigs Bata

Freitag, 12. Juli. In der Nähe des Flugplatzes Hin in Wöhren führte heute ein Flugzeug aus 700 Meter Höhe ab. Im Flugzug befand sich der Schutzhöfnig Bata. Er und der Pilot sind tot.



Das Unternehmen Bata war das größte Schuhunternehmen Europas. Bata beschäftigte 12 000 Arbeiter und fabriizierte 100 000 Paar Schuhe täglich. Er gehörte zu den reichsten Ausländern in seiner Heimat. Seine Arbeiter holte er sich aus den reichsten Ländern der Welt. Er duldete keine Organisation in Gewerkschaften oder politischen Organisationen. Die Wöhne in seinem Unternehmen waren die niedrigsten in der ganzen Tschechoslowakei. Auch sein Unternehmen wurde mit von der Krise erfaßt.

Erst vor kurzem wurden 4000 Arbeiter bei ihm entlassen. Am heutigen Tage sollten weitere 7000 Arbeiter entlassen werden. Darüber, ob es sich hier um einen Unfall oder um einen Selbstmord handelt, wird erst die nächste Zeit Klarheit bringen. Das eine ist fest: Sein Unternehmen befand sich in großen Schwierigkeiten. Es ist möglich, daß er den Weg zum Selbstmord gegangen ist.

Zwei Großfeuer in Mecklenburg

Schwerin, 11. Juli. Am Dorf Tramm bei Crivitz kam am Montag bei dem Häusler Paul Wernke Feuer aus. Der Brand entstand im Stallgebäude und breitete darauf das Wohnhaus in Flammen. Beide Gebäude wurden bis auf die Grundmauern vernichtet.

Ein weiteres Großfeuer entbrach bei dem Domänenpächter Hoffmann in Wagan bei Dargun. Das Viehhaus des Gutes fiel den Flammen zum Opfer. Mitverbrannt sind 50 Tauer Kleehen, zwei neue Bindemalchinen und eine Kuh.

11. August, 12. Juli. Am Montag, um 20 Uhr, brach aus bisher unbekannter Ursache in dem Dachstuhl des dreifloßigen 110 Meter langen Altbauers der Augsburger Rammagarnspinnerei ein Großfeuer aus, das an der dort aufgestellten Holzwalze, Padmaterial usw. reiche Nahrung fand.

Explosion in einer Brilleffabrik

Oberhausen, 12. Juli. Am Dienstag früh ereignete sich in der Brilleffabrik der Gehe Althaus eine Explosion, die hauptsächlich auf die Entzündung von Kohlenstaub zurückzuführen ist. Fünf Arbeiter wurden verletzt. Vier Verletzte mußten dem Krankenhaus zugeführt werden. Der Sachschaden ist nicht bedeutend.

Große Ueberschwemmung in den Vereinigten Staaten

Charleston (Westvirginia), 12. Juli. Infolge eines ungeheuren Wolkenbruchs schwemmte der angeschwollene Paintoreet 200 Bergarbeiterhäuser fort, überflutete mehrere Schächte. Bisher wurden zwölf Tote und eine halbe Million Sachschäden festgestellt. Zwei Kinder wurden 15 Kilometer auf Holzstämmen talwärts geschwemmt und schließlich gerettet.

Das Urteil gegen den Frauenmörder Zadrziz

Wien, 11. Juli. Der Prozeß gegen den Frauenmörder Zadrziz wurde am Montag zu Ende geführt. Nach dem Strafgesetzbuch sollte der Gerichtshof folgendes Urteil: Zadrziz wurde zu lebenslänglichem Kerker mit Einzelhaft an jedem 1. Januar, und Franziska Warkau zu vier Jahren schwerem Kerker und in jedem halbjahre zu einem Fasttag verurteilt.

Spiegel der Ereignisse

„Von der Vormittagsruhe aufgeschreckt“

In Siam hat eine sogenannte Revolution stattgefunden. Der König wurde gezwungen, eine „Konstitution“ zu geben.

Am gleichen Tage, an dem sich diese Ereignisse in Siam abspielten, befand sich dort die Königin Wajra von Siam bei der Korrespondentinnen des Hauses Wittke. Und nun bringen sie über die Ereignisse in Siam in der „Wölkischen Zeitung“ vom 12. Juli folgendes:

„Wir haben Revolution. Diese nämlich überraschende Nachricht schreckte uns aus unserer Vormittagsruhe auf.“

Wenn also schon diese „Revolution“ die Korrespondentinnen Wittkes aus ihrer Vormittagsruhe aufgeschreckt hat, kann man sich erst vorstellen, wie Wittke an Co. und alle Korrespondentinnen und Korrespondenten durch die proletarische Revolution aufgeschreckt werden. Und diesmal wahrscheinlich nicht nur aus der Vormittagsruhe...

Ein Zentralsitz „verdientvoller“ Bürgermeister

Der frühere Berliner Oberbürgermeister Böß verläßt seinen Wohnsitz jetzt nach Bad Godesberg. Damit haben sich in Bad Godesberg 50 ehemalige Bürgermeister und Oberbürgermeister niedergelassen.“

Wies Herr Oberbürgermeister Böß scheint der Fünftigkeit der Reichs zu sein. Ob eine besondere Prämie für den Fünftigkeit der Reichs ausreicht? — Darüber scheint der Bericht. Wir würden es schlagend bejahen, denn nicht allen Bürgermeistern, so hoch verdienten Böß als Prämie ein wertvoller Feß überreicht wird.

Es wäre auch interessant zu erfahren, ob die anderen 49 Bürgermeister und Oberbürgermeister sich um ihre Ortsteile und Städte solche „Verdienste“ erworben haben wie Böß in Berlin. Es ist anzunehmen.

Auf jeden Fall muß man sagen, daß es Proleten an Siam von Böß anders ertragen wäre, und daß sie sich heute nicht nach Bad Godesberg, sondern an anders befinden. In der Sozialistischen Arbeiterpartei werden Personen vom Schlage des Oberbürgermeisters Böß nach Bad Godesberg geschickt.

Hitler opfert sich

Noch gibt es operbereite Menschen. Der „Wölkische Beobachter“ vom 7. Juli bringt die folgende Ueberschrift: „Hitler spricht Sturm und Regen zu den Bauern.“

Ist das nicht ein ungeheures Opfer? Millionen in Deutschland hungern. Millionen verstarben Kleinbürger und auch viele vertriebene Proleten werden von Hunger und seinen Dämonen auf der Straße gejagt, in Blutrausch getötet. Der Oberlof führt im elegantesten, modernsten Wagen der Rumburgener. Und da ist es einmal passiert, daß gerade der Regen ausbrochen ist, während Hitler sprach. Das wird als ein besonderes Ereignis: „Hitler spricht in Sturm und Regen.“

Was liegt schon an der Waise? Die kann werden, zugestanden. Wenn der Oberlof aber einmal seinen kolossalen Wagen nach Regen läßt, dann wird es in die Welt hinausgeschickt. Wahrscheinlich, an Gegenfuß übertrifft das „Dritte Reich“ den Herrn Wilhelm II. bei weitem.

Unwetterverwüstungen im württembergischen Oberland

11. Stuttgart, 12. Juli. Am Montagabend ging über ein Teil der Gemeinde Eßbach bei Remmelsburg ein schweres Unwetter mit wolkenbruchartigen Regengüssen nieder. Schrecklich schwerer Schaden wurde in Oberflingen angerichtet. Die Ernte nach Freilagerung wurde von den Hagelkörnern völlig aufgeweicht und stellenweise bis zu zwei Meter Tiefe weggeschwemmt. Der Keller fand voll Wasser. Das Vieh mußte aus den Ställen gerettet werden. Die Wege sind auf weite Strecken mit Kies und Schlamm bedeckt.

Beantwortet: Alfred Wendrich, Berlin

Kann die SPD.-Arbeiter in der Antifaschistischen Aktion mitkämpfen?

Antwort des Gen. Thälmann auf die Fragen der SPD.-Arbeiter

Die Unterredung des Führers der Kommunistischen Partei, des Genossen Thälmann, mit den 20 sozialdemokratischen Arbeitern über die aktuellen Fragen des antifaschistischen Kampfes, vor allem über die Frage der roten Einheitsfront, hat, wie die SPD.-Arbeiter sich freuen, eine wichtige Grundlage für eine gemeinsame Aktion aller Arbeiter gegen den Faschismus geschaffen. Die Antwort des Genossen Thälmann auf 21 Fragen der SPD.-Arbeiter erscheint in wenigen Tagen als Broschüre. Wir veröffentlichen heute

auch dieser bedeutsamen Broschüre einen Auszug, nämlich die entscheidende dritte Frage der SPD.-Arbeiter und die Antwort des Genossen Thälmann. Jeder sozialdemokratische Arbeiter erfährt aus dieser Antwort, daß das richtige Verhalten des „Vorwärts“ über den „Ton-Hilf“ nur von Seiten dessen kann, die erbitterte Feinde der roten Einheitsfront sind. Für die SPD.-Arbeiter kann es nur eine Entscheidung geben: gemeinsame antifaschistische Aktion!

Unsere Antifaschistische Aktion als breites proletarisches Sammelbecken kampftenschlossener Arbeiter

Soll über die Entfesselung von Kampftätigkeiten gegen Lohn- und Unterhaltungsabbau, gegen die Noterdrückungspolitik und den Massenterror der Nazis hinaus den proletarischen Kampf auf einer höheren Grundlage zur Entfaltung bringen! (Sehr richtig! Große Zustimmung.)

Wir stellen die Frage des Kampfes für die Freiheit der Arbeiterklasse überhaupt. (Sehr richtig!) Wir stellen die Frage, wie sie von einer marxistischen Partei gestellt werden muss, wenn auch manche unserer Genossen dabei mit Flexibilität machen. Wir stellen die Frage des Kampfes gegen den Faschismus als eines Kampfes gegen die blutige Gabel der herrschenden Mächte, die sich zum Ziel gesetzt haben, die Arbeiterbewegung zu zerschlagen, mit Kämpfen vom Standpunkt unserer Klasse aus, mit der wir auf Tod und Leben verbunden sind!

Kritisch rückt sich die Linke unseres Angriffs klarstens gegen den kapitalistischen Staat. Dabei müssen wir klar erkennen, daß die Sozialdemokratie, selbst wenn sie eine Einheitsfront mündet, in keinem Moment ihre eigentlichen Reaktionsgedanken und ihr Pathos mit der faschistischen Bourgeoisie aufgeben wird. Bereits Karl Marx hat bei der Behandlung der Lehren der Pariser Kommune mit aller Schärfe als Aufgabe der Arbeiterklasse die Frage der Zerstörung des bürokratischen Staatsapparates in den Vordergrund gestellt.

Müssen sozialdemokratische und Reichsbannerarbeiter, die an der Antifaschistischen Aktion teilnehmen, aus ihrer Partei austreten?

Wir haben in Hamburg bereits einen antifaschistischen Kampfkongress von 1700 Delegierten gehabt, auf dem 100 SPD.- und Reichsbanner-Delegierte vertreten waren. Auf dem Buppertaler Reichsbannerkongress 3 waren 50 sozialdemokratische Arbeiter anwesend. (Einmündlich die SPD.-Delegierten aus Riedersdorf: „Es waren mehr als 100, selbst da, es waren ungefähr 70!“ — Thälmann: „Du siehst, daß ich jetzt vorläufig bin und gar keine so hohe Zahl angebe, damit der „Vorwärts“ nicht lacht, mir lügen.“)

Alle diese Genossen kamen zur antifaschistischen Aktion mit dem Bewußtsein, daß die SPD.-Arbeiter Schulter an Schulter mit ihren kommunistischen Klassenbrüdern kämpfen müssen. Es ist für uns Kommunisten selbstverständlich, daß sozialdemokratische und Reichsbannerarbeiter an der antifaschistischen Aktion teilnehmen können, ohne daß sie aus ihrer Partei austreten zu brauchen. Wenn ihr Blick in Millionen, in geschlossene Fronten beschränkt werden müßte, wir müßten es mit Freuden begrüßen, selbst wenn über gewisse Fragen der Einheitsfront der SPD. nach unserer Meinung in euren Köpfen noch Unklarheit besteht.

Ehrliche Einheitsfront oder Einheitsfront-Manöver?

Frage des SPD.-Arbeiters: Meint die KPD, die Einheitsfront ehrlich? Wie versteht die KPD, die Freiheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus? — Wie denkt sich die KPD, die politische Linie und die Organisation der antifaschistischen Aktion?

Die antifaschistische Aktion ist kommunistische Parteiaktion. — Können SPD.-Arbeiter, Reichsbanner- und Gewerkschaftsmitglieder, die an der antifaschistischen Aktion teilnehmen, Mitglieder der KPD, bleiben? — Warum stellen die Kommunisten im antifaschistischen Kampf so eindringlich die Forderung nach Aufhebung des RFB-Verbots? — Sieht der Genosse Thälmann in dem Verbot der SPD.-Arbeiter, eine Einheitsfront zu bilden, den ersten Schritt zur Zerstückelung der SPD. oder sieht er nur den rückhaltlosen Einheitswillen der Arbeiter, den Faschismus zu brechen?

Genosse Thälmann antwortet: „Kommen wir zum ersten Teil der Frage: Ob wir die antifaschistische Einheitsfront ehrlich meinen? Täglich mordet die braune Welt unsere Genossen, schlägt nieder die besten Kämpfer nieder, unternimmt provokatorische Angriffe auf unsere Parteibücher; in den Gefängnissen schmachten Tausende unserer Genossen, die dem wahren Kampf gegen den faschistischen Verbrechertum führten.“

Das hitlerische Offiziers- und Pringspad hat erklärt, daß es die kommunistische Bewegung, daß sich viele Millionen revolutionärer Männer und Frauen, ausrotten, hängen, köpfen und tödlich will. Und angesichts dieser Tatsache, angesichts der schrecklichen Gefahr, daß aus Deutschland ein Land des Gefahrens und des Scheiterns wird, sollten wir Kommunisten eine antifaschistische, proletarische Einheitsfront nicht ehrlich meinen?

Die Frage der Ehrlichkeit? Ist aber eine Frage des Kampfes, der Massenmobilisation. Wir fragen euch daher, ihr SPD.-Genossen: Entschloffen etwa die Reaktion allein die Einheitsfront? Nein, die KPD, und SPD.-Führer einwilligen auch Streikverbot, Zeitungs- und Demonstrierverbote, durch Spionage, durch Koalitionen- und Bürgerbündnisse mit der Bourgeoisie und durch Loterierzeugungspolitik das Proletariat!

Wir Kommunisten unternehmen keine Vorträge zu Symphonien, keine Vorträge zur Papen-Regierung, um etwa die Führer auf Details der Noterdrückungen aufzusehen, die wir stellen die Frage des Kampfes, und zwar gegen das ganze System, gegen den Kapitalismus. Und hier liegt der Kernpunkt der Ehrlichkeit unserer Einheitsfront. Noch nie ist die Reaktion in ihrem Wahnsinn gewagt worden, wenn sie nicht die antifaschistische Kampftätigkeit der Arbeiter sah. Glaubt ihr, daß das System-Kriegsregister und uns weiter unterdrücken würde, wenn es den geschlossenen, einheitlichen, antifaschistischen Kampf der Arbeiterklasse verspüren würde?

Wir Kommunisten organisieren an allen Fronten, in den Betrieben, an den Stempelstellen, in den Arbeiterorganisationen, die Front des Kampftätigsten Widerstandes und der proletarischen Offensive für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen des Proletariats, für die Freiheit des Streiks, der Streike, der Demonstrationen, für die Freiheit der Presse, des gesamten proletarischen Schrifttums und des Kampfbundes gegen das hitlerische Ungeheuer des Faschismus, das mit seinen schändlichen Trümpfen, mit Schlägering und Knüttel der letzten kammernischen Reife der Sozialerdrückung und der Arbeiterrechte zerbrechen und zerstört will, müssen wir Kommunisten auf zur

Demonstrationen und aktive Kampfhandlungen, Schaffung eines roten Massenlebenskampfes zur Abwehr faschistischer Provokationen und Überfälle! Unermüdlicher Klassenkampf der antifaschistischen Proletariat bis zur Niederdrückung der faschistischen Diktatur und zur Aufrichtung der Arbeiterklasse!

Das sind einige wesentliche Kampfhandlungen der antifaschistischen Aktion. Das sind Forderungen, auf deren Plattform sich die einheitliche Massenfront der sozialdemokratischen, Reichsbanner- und gewerkschaftlichen Kameraden einigen kann. Das ist die politische Linie der antifaschistischen Aktion, die heute bereits Millionen kämpfender Proletarier in ihren Mann gezogen und so höchster Aktivität gesteigert hat!

Ist die Antifaschistische Aktion ein kommunistischer Parteiladen?

Wir sagen: Nein! Sie ist ein überparteiliches Sammelbecken für alle zum rückhaltlosen Kampf gegen den Faschismus gemauerten Arbeiter. Sie ist keine Organisation, sondern eine Massenbewegung. Sie ist der Strom, in dem alle die kämpferischen Kräfte einmünden, die wirklich den Kampf, den Massenangriff gegen die hitlerische Regierung, die die unmittelbare Aufhebung der faschistischen Diktatur betreibt, durchführen wollen.

Die Führung der besonderen Einheitsausschüsse, die in den Betrieben, in den Stempeln, an den Stempelstellen usw. gebildet werden, muß selbstverständlich in den Händen der kampftätigen Arbeiter selbst liegen. (Sehr richtig!) Uns Kommunisten wäre nichts lieber, könnten wir die Führung in den Einheitsausschüssen den wirklich kämpferischen Arbeitern, ungeachtet ihrer Organisationszugehörigkeit, selbst übergeben, um so die antifaschistische Aktion auch zu einer wirklichen antifaschistischen Einheitsfront zu gestalten.

Wie verhindern wir die Aufrichtung der faschistischen Diktatur?

Das Brennende Problem, das allen Arbeitern heute gemein ist, auf den Regeln beruht, ist: Wie kann die Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland verhindert werden? Wie kann verhindert werden, daß weiterer Lohn- und Unterhaltungsabbau, weitere Noterdrückungen, gefeierte Unterdrückung, Knechtung, Zerstückelung der Arbeiterbewegung und der Arbeiterorganisationen durchgeführt werden?

Wir stellen die Frage nicht von Partei zu Partei, sondern Klassenmäßig, zur breiten Masse eurer Mitgliedschaft. Ihr SPD.-Kameraden seid unsere Klassenbrüder, genau so wie die kommunistischen und parteilosen Arbeiter.

Wir stellen auch nicht das Prinzip auf, daß die Arbeiter unter allen Umständen organisiert sein müssen, wir sagen nur: Je breiter und organisiert die Front gegen das hitlerische Ungeheuer, das Faschismus, das gebildet nach der Weise der Noterdrückung und jedes Fingertrotzes durchgeführt, um so mehr erzittert die Bourgeoisie.

Führer die proletarische Einheitsfront und die einheitliche antifaschistische Aktion nicht wollen, dann bedeutet jeder Schritt, den ihr SPD.-Proleten zu tun mit uns gemeinsam im Kampf gegen den Faschismus geht, einen Sieg gegen die SPD.-Politik.

Der Warnungsruf der SPD. an ihre unteren lokalen Organisationen, in feierlicher Weise mit den Kommunisten die gemeinsame Kampftätigkeit herzustellen, dagegen aber die praktische Durchbrechung dieses Schlußes durch viele Maßnahmen unserer SPD.-Kameraden, ist ein weiterer Faktor der Stärkung der revolutionären Front und der Schwächung der Positionen der SPD.

Wir stellen über unseren schonungslosen prinzipiellen Kampf gegen die Sozialdemokratie feierlich Unklarheit. Wir wollen weder parlamentarische noch kleinbürgerliche Maßnahmen gönnen. Dann würden wir nämlich Illusionen, wie sie noch bei Millionen Menschen durch die SPD.-Politik, diese Wahl-Hinzenburg (Sehr richtig!) vorhanden sind, weiter züchten und vertiefen. Dann würden wir dulden, daß durch eine falsche Auffassung über die Einheit der Arbeiterklasse, vor allem aber durch die Möglichkeit neuer sozialdemokratischer Vertragsmanöver, der Bourgeoisie weitere Triumphe zum Mißbrauch der unterdrückten Massen in die Hände gegeben würden.

Keine „Einheit um jeden Preis“

Wir Kommunisten wollen keine „Einheit um jeden Preis“, denn dann wird der Charakter des Kampfes verflüchtigt und trägt nur zur Vermittlung bei! Das heißt nämlich, den Klassenhass unserer Politik verlegen in den Interesse der „Einheit mit der SPD.“ und auf Streiks, Ermordungskämpfe, roten Massenlebenskampf, Mieterrationen und auf der revolutionären Massenlebenskampf zu verzichten. Eine solche einheitsbedingte Stimmung würde also nicht nur kein Schlüssel zur Einheit, sondern ein Vermächtnis in der Entwidmung des Kampfes sein. Um aber nochmals hier allen unseren sozialdemokratischen Klassen-genossen unserer unbedingten Willen zur Einheitsfront unter zu betonen, wollen wir noch jenen Kampfpapier in Erinnerung bringen, den ich im Namen des Zentralkomitees der KPD. am 29. November 1931 veröffentlichte. Es heißt darin:

„Wir Kommunisten sagen euch SPD.-Arbeiter: Die Sache des gemeinsamen Kampfes ist eine aller Sache; sie beherrscht nicht auf den engen Rahmen einer Parteizugehörigkeit. Wir Kommunisten machen es auch mit dem Bewußtsein zur Bildung der roten Einheitsfront nicht zur Bedingung, daß ihr euch von vorne herein mehrere kommunistische Maßnahmen über die Grenzen des proletarischen Klassenkampfes zu ergreifen müßt. Wir sagen euch: Je tiefer ihr mit euren Parteigenossen in die gemeinsame, die geschlossene die Arbeiterklasse und unter ihrer Führung alle Vorkämpfer kämpfen, desto leichter wird es gelingen, die Unterdrücker und alle Faschisten auf die Knie zu zwingen.“

Antifaschistische Aktion

Warum stellt die Sozialdemokratie Bedingungen an, wenn sie angeblich gegen Hitler und Papen kämpfen will? — Weil die Einheitsfront zerfallen will. Wir Kommunisten stellen nicht irgendwelche Bedingungen an die Arbeiterklasse mit Ausnahme der Forderung: der können ausserordentlichen Bereitschaft und den Willen, unter Einsatz aller proletarischen Kampfmittel den Faschismus zu brechen. Die antifaschistische Aktion soll die Arbeitermassen auf gemeinsame Kampfhandlungen und darüber hinaus auf höherer Kampfhandlungen konzentrieren.

Antifaschistische Massenbewegung, Kampf- und Streikaktionen, gegen Lohnabbau und Faschismus bis zur höheren Aufgabensetzung der Anwendung des politischen Massenstreiks und des Generalstreiks gegen das Herrschaftssystem der Bourgeoisie — das sind einige der Hauptaufgaben der antifaschistischen Aktion!

Antifaschistischer Massenkampf für die Sicherung und Verbesserung aller Lebensbedingungen, gegen die Angriffe des Faschismus, einheitlicher Massenkampf für die Erhaltung und die Verbesserung der Unterbedingungen der Arbeitslosen, Krieger- und Invaliden, gegen die Noterdrückung, gegen die Opfer des Krieges, gegen die Arbeit. Einheitlicher Massenkampf gegen die faschistische Unterdrückung, gegen jede Form der Zwangsarbeit, gegen die Unterdrückung der wertvollen Jugend! Einheitlicher Massenkampf für Presse, Veranlagungs- und Demonstrationen, gegen die Proletariat! Gemeinsame Besammlungen,

Die Frage des RFB-Verbots

War die Arbeiterklasse der RFB eine Waffe im Kampf gegen den Faschismus? Das wird niemand bestreiten können! Der RFB-Komitee die von der Kriegszeit zurückgelassenen Feldposten als rote Klassenposten, im Kampf gegen den wieder zum Krieg gehenden Faschismus. Sie warfen sich mit fähiger Macht der chauvinistisch-nationalistischen Welle in Deutschland entgegen. Herr Goering, der das Verbot des RFB, auf Grund des Versailles Vertrages ausgesprochen hat, hat mit dem Verbot dem Nationalsozialismus einen großen Dienst erwiesen!

Wenn das Einheitsverbot durch Goering aufgehoben wurde, wenn die Nazis marschieren durften, der RFB, aber nach wie vor illegal blieb — ohne etwa zu glauben, daß hunderttausende rote Frontkämpfer damit nicht mehr wüßten, was sie zu tun hätten — so zeigen doch diese Zustände, wie die SPD.-Führer uns schon seit Jahren im Kampf gegen den Faschismus in die Hände spielen!

Deshalb appellieren wir euch, die sozialdemokratischen Kameraden, gerade in Anbetracht der ungeheuer angespannten antifaschistischen Gefahr, mit uns gemeinsam für die Egalität des RFB zu kämpfen.

Soll die SPD. zerschlagen werden?

Ich komme zur letzten Frage, die unter Punkt 3 aufgeführt ist, zur Frage der Zerstückelung der SPD.: Soll diese die Frage nicht organisatorisch oder parteimäßig; sondern ist diese die Frage vom revolutionären Klassenstandpunkt aus? Wen die SPD.



KARSTADT kaufen, heißt gut und billig

Gebr. Kroppenstädt Möbelfabrik - Or. Märkerstraße 4

Deutsches Gesellschaftshaus Leipziger Str. 63 - Tel. 25983

Farben u. Lacke aller Art und für jeden Zweck liefert vorteilhaft Maaß & Co.

Trinkt Ener Freyberg-Bräu! Fabrik für Lack-, Rostschutz- u. Anstrichfarben

Sanitas-Bad Alle Sorten Bäder und Massagen, auch für skml. Krankenanstalten

HAUPTBÜCHERWIRTSCHAFT HALLE A. D. SAALE Beste Waren zu Originalpreisen

Ebt Orling's Würstchen! Wilhelmstraße 32

Kramer's Konzerthaus R. Donnerstag Delitzscher Str. 2

JUNO 6 STÜCK 20 & Lobt jeder! Rotes Echo

Kolonialwaren in Fachgeschäften Hermann Böque, Lebensmittel Langstr. 3

H. Fleisch- u. Wurstwaren Vereinigte Fleischer Sternstr. 14, Ecke Märkerstr.

Arbeiter! Angestellte! Eure Bestätigungsorganisation ist die Volkshilfe mit Bestätigungs-Büro

Adler-Drogerie Königsplatz 14, Ecke Landwehrstr. Farben, Lacke, Seifen, Parfümerien

W. K. Strunk Drogerie Königsplatz 14, an der Rademacherbrücke

Otto Albricht Schreibwaren Marktstr. 10

Walter Titze Lebensmittel Gähmelstr. 19

Max Kienberg Kopiermaschinen Leipziger Str. 48/49

Grüner Winkel Schönes Gartenlokal im Süden

Halt - Mützen Huthaus Ostermuth, Alter Markt 4

Georg Conrad Schreibwaren Königsplatz 14

Lebensmittel Fritz Reitz Gähmelstr. 19

Oswald Kirchner, Halle a. S. Buchhandlung Buchhandlung

Tornow Leipziger Straße 82 Die Müllige Bräugewerke

Georg Temme Leipziger Straße 11

Karl Conrad Schreibwaren Marktstr. 10

Lebensmittelhaus Cröllwitz Inhaber A. HERTZ

Billige Möbel bei H. Büttig - E. Hundel

Radio - Fabrikator - Nähmaschinen REPARATURWERKSTATT

W. Rauch, Mähling 17

MAX BRODE Große Brunnenstraße 17

Konsum-Verein Rote u. Tschannenstr. 35/40

Albert Rejter Brot- und Feinbäckerei

Beitrag Kaffeehaus Saure! Halle, Leipziger Str. 61-62

KORN & ZÖLLNER Brüderstraße 18

Strähle Spezialität Behandlung

M. G. Wellenberger Bankbucher

Gönne Deine Familie Begrüßungs-Versicherung

Max Schröder Schmiedestr. 18

Wohnwaren 5% Rabatt Gerhart Baris

Restaurant Friedrichsberg Leipziger Str. 48/49

Lebensmittel, Kolonialwaren

Möbel Geschmackvolle Wohngeleinrichtungen

Kolonialwaren, Lebensmittel

Obst-Spezialgeschäft Berliner Straße

Wilhelm Pfeiffer Preiswerte Möbel

Maggi-Suppen fehlen in keinem Haushalt

IM HOTEL „Weltkugel“

Meiss Halle - Merseburg - Bitterfeld

Margarine gut und preiswert

Walter Seidel, Lebensmittel

Vanb. u. Roggenbrot Goldener Ring / Ring-Theater

Antonia-Theater Halleische Str. 57/58

Lebensmittel Otto Meyer

Lebensmittel Hermann Richter

Lebensmittel Hermann Richter

LIGA die freiwirtschaftliche Qualitäts-Zigarette

Trinkt die gute Milch aus der Halleschen Molkerei

Friedrich Oehlschläger

Molkerei Niemberg

Benzin Petroleum

Bettenhaus Bruno Park

Großfleischerei A. Kopf Wurstfabrik

Engelhardt-Biere

EBT „Müller-Brot“

Sparkasse des Saalkreises

Hauptstelle: Halle a. d. Saale, am Stadttheater

Döllnitzer Mühlenwerk

Hallesche Essigfabriken

Emmy Quenlin Otto Mucha

Lebensmittel Hermann Richter

Konzert- u. Ballhaus Zum Bahnhof

Fahrrad-Haus Matthes

Schützenhaus Kemberg

Schuhhaus C. Klein

Gebr. Kleeberg

Neue Apotheke

Lebensmittel Hermann Richter

Am Pranger:

Die Knechte der Mansfeld-AG

Genosse Otto Schlag rechnet im Breuker-Landtag mit den Subventionspolitikern der Parteien des kapitalistischen Systems ab Eine Kampfrede zur Mobilisierung der Mansfeld-Betriebe gegen die Ausbeuter und ihre Kataien

Der Mansfeld-Subventionsstand

Der Genosse Otto Schlag, MdB, der während der letzten Tagung des Breuker Landtags eine längere Kampfrede über die mittel- und langfristigen Verhältnisse der Mansfeld-AG, die jetzt neuerdings wieder erhebliche Verluste aufzuweisen hat, und neue Subventionen aus den Kreisen der Steuerzahler herauspressen und aller Voraussicht nach auch neuen Lohnabbau an der Mansfelder Arbeiterschaft vornehmen wird.

Der Genosse hob in seiner Rede hervor, daß die Mansfeld-AG bis Ende 1932 über 16 Millionen Mark an Subventionen erhalten hat und daß sie außerdem einen Lohnraub von 15 bis 18 Millionen Mark an der Mansfelder Bergarbeiterschaft durchführte!

Die Mansfeld-AG ist nach den Subventionsverträgen verpflichtet, innerhalb 12 Jahren die erhaltenen 16 Millionen Staatszuschüsse zurückzahlen. Auf die Zurückzahlung kam aber alle Welt zuhause. Die Mansfeld-AG wird nicht einen Pfennig zurückzahlen, denn es sind ja neue Millionenbedarfe bereits wieder errechnet worden. Den kapitalistischen Ausbeutern sind die Subventionsgehälter einfach in den Taschen gewachsen worden.

Dabei kann die Mansfeld-AG immer noch Direktorengehälter von 400 000 bis 600 000 Mark jährlich zahlen!

Der Bergmann Otto Schlag spricht

Bereits fünf jetzt im neuen Reichstag die Mansfeld-Subventionen gegenüber dem Vorjahre um 3,52 Millionen Mark erhöht worden. Für die Subventionspolitik — eine Standaßnahme allerersten Ranges — sind alle Parteien in den Parlamenten zu haben, außer der Kommunisten. Nazis wie Sozialdemokraten nennen den Mansfeld-Kongress Millionen in den Taschen!

Diese führen sich mit den kapitalistischen Ausbeutern schicksalsverwandt!

Die Nazis verkörpert im Januar 1931 in ihrer Presse ganz allgemein gegen die Subventionspolitik der Mansfeld-AG. Sie waren es, die Mäulen zu tödlichen. Bei den Verhandlungen über die Subventionsverträge ließen die Naziskapitalisten um und Himmels für die Millionengehälter an die Mansfeld-AG!

Die Heuchler sind vor der gefamten Mansfelder Arbeiterschaft entlarvt. Am 17. Januar 1931, vor den Subventionsverhandlungen, sprach das Berliner Majestät, „Der Angriff“ folgendes:

„Eine Republik mit etwas Korruption“

Otto Woll, der Leiter des Mansfeld-Kongresses, ein vollendetes Exemplar der modernen Großmogeln, rebuff bis zur Strapazierbarkeit, raffiniertes wegschreitend über das Schiefel von Tausenden und, wenn es ihm muß, von Hunderttausenden. Er ist der Beherrscher des Mansfeld-Kongresses, einer der Bedeutendsten der deutschen Metallindustrie. Otto Woll verbandt seinen phantastischen Reichtum der Grande von 1918, die im Zeichen der sogenannten Revolution im Namen des marxistischen Internationalismus die Herrschaft an sich riefen.

Otto Woll ist der Sohn eines Bonner Organisten. Seine Mutter war holländischer Hofmusikant. Otto Wolls Vermögen wird heute auf etwa 10 Millionen Reichsmark geschätzt. Er muß zu den reichsten Männern Deutschlands gerechnet werden. Sein großer Reichtum, mit dem er zwar nicht immer handelsmäßig geht, ist Ottomars Strauß, Geheimrat von Oberst Gnaden. Den Mansfeld-Kongress, dieses gewaltige, alte und größte deutsche Kupferbergwerk, eroberte Otto Woll mit dem Herzen einer Frau, der Jüdin Vera Herzfeld, Wolls Vater, ein alter Hofbesitzer, mit manden Konflikten während

Einheitskonferenz der Arbeiterfrauen im Mansfelder Hungerland!

Am Sonntag, dem 17. Juli, 13.30 Uhr, findet im „Volkshaus“ zu Eisleben eine Delegiertenkonferenz für das gesamte Mansfelder Land statt. Die Arbeiterfrauen von Mansfeld werden beim Mansfeld-Treff an der Spitze. Sie werden führend an der letzten Konferenz der Betriebs- und Gewerkschaftsdelegierten. Sie helfen in den vorerster Reihen der Mansfelder Arbeiterschaft zur Mobilisierung des Kampfes gegen die kapitalistische Ausbeuter und ihre kapitalistischen Verbündeten!

Wählt überall noch Delegierte. Kein Betrieb, kein Ort, keine Stempelstelle, keine Siedlung, nicht Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen zur Konferenz entsenden!

der Inflationzeit sich die Mehrheit der Wirtenschaft dieses Unternehmens gefordert hat!

Und weiter schrieb der „Angriff“:

Es wäre noch zu verfragen, wenn Otto Woll im Mansfeld-Unternehmen kein ganzes Vermögen investiert hätte und sonst ein armer Mann wäre. Im übrigen hat er bereits im Vorjahre, trotzdem im Jahre 1929 der Kupferpreis einen außerordentlichen Höchststand erreicht hatte, eine Subvention von 5 Millionen Mark vom Deutschen Reich erhalten, und es wird höchste Zeit, daß endlich hinter die Kulissen neuerlicher Wirtschaft und neuerlicher Politik geschaut wird. Ein ganzer Kastenmann von bösen Geschäften wird zum Vorhinein kommen. Wir Nationalsozialisten haben es satt, daß mit dem Volkvermögen weiterhin eine betriebliche Subventionen getrieben wird. Sider sind wir für eine Sanierung der Wirtschaft, und wenn es sein muß, in Ausnahmefällen, mit staatlichen Geldmitteln.

Die Kapitalstakeien am Pranger

Die Nazis warfen dann dem Zymagnaten Wolf die Millionen in den Taschen...

Und fünf Tage nach dem Geltschreiben im „Angriff“ erklärten die Nationalsozialisten durch ihren Vertreter Reinhardt im Staatsparlament des Reichstages, daß sie den Millionen Subventionen an die Mansfeld-AG aufstimmten!

Was waren die radikalen Phantasien, weg war die Forderung, daß der Staat dem Großmogeln Wolf die Millionen abnimmt. Sie felsen um, weil sie umfallen mußten als ausgeplünderte und bezahlte Kapitalstakeien!

Und nun die Sozialdemokraten?

Die sozialdemokratischen Führer waren sofort für die Mansfeld-Subventionen und für die „Schicksalsgemeinschaft“ mit den Mansfelder Ausbeutern, angeblich, um den Mansfelder Kampfes „die Arbeitsplätze zu halten“.

Sie waren völlig einverstanden mit den Millionenprofitten der Aktionäre und den Stiefenbediensteten!

Siehe fordern die sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführer auch wieder einmal das, was die Nazis forderten, nämlich: Der Staat soll die Arbeitsplätze der Zymagnaten aufkaufen!

Ein großes „Rettenprogramm“ haben die Gewerkschaftsführer

Wir werden aber dafür sorgen, daß die Zeit zu Ende gehen wird, wo die Steuergrößen der Millionen buntstreifen Volksgenossen zur Sanierung von Handlungsgehilfen eines der reichsten Männer Deutschlands verwendet werden.

Welche Möglichkeiten — fragt der Angriff weiter — läßt die Regierung von heute ungenutzt vorübergehen? Sie ist bereit, 14 Millionen für den Großhändler Otto Woll für die Jahre 1931/32 zur Unterhaltung des Mansfeld-Kongresses auszugeben. Rund 10 Millionen Reichsmark beträgt heute der Beiführer der Aktion des Mansfeld-Kongresses. Warum werden um diesen Betrag die Aktien des Händlers Otto Woll und seiner Freunde Vera Herzfeld nicht angekauft? Der Staat fegen bzw. die Arbeiterchaft des Mansfeld-Kongresses könnte in irgendeiner Form das Wert in eigene Regale übernehmen. Das wäre eine Tat, ein wahrhaft sozialistisches Wert, wofür das ganze Volk einstehen müßte.“

zur Rettung des kapitalistischen Ausbeutungssystems ausgenutzt. Da fordern sie „Verstaatlichung des Bergbaues“ und wollen so zum Sozialismus kommen, der schon seit 1918 auf den Tischläufern, die diese Führer herausgehoben, immer festes warfährte!

Früher hieß es „Sozialisierung des Bergbaues“, heute schreien sie „Verstaatlichung des Bergbaues“, „Demokratisierung der Wirtschaft“, „Barentkontrolle“. Noch immer wollen sie in den Sozialismus hineingefahren!

Mansfeld-Kameraden, die kapitalistische Ausbeuterwirtschaft ist es, die euch weiter im Glend treibt, sie muß beiseite gehen. Deshalb gilt es, den Kampf gegen jede Vertiefung, gegen jeden Lohnabbau und gegen die Politik der Schicksalsgemeinschaft zu führen!

Die rote Einheitsfront muß im Mansfelder Land geschlossen werden, von unten auf! Vom Betrieb und Stempelstelle. Von den gewerkschaftsorganisationen aus. Der schärfste Kampf ist notwendig gegen die Feinde der roten Einheitsfront, gegen die Bürokraten, ganz gleich, in welchem Lager sie stehen. Kein Betrieb ohne Belegschaftsorganisationen, kein Ort ohne Arbeiterorganisationen. Alles mobilisiert zum Kampf, alles rüftet zum Massenauftakt am 24. Juli in Eisleben, der der Ausdruck sein muß der mobilisierten Mansfelder Arbeiterschaft im Zeichen der Antifaschistischen Aktion!

Rote Kampfeinheit gegen Ceuna-Faschisten

Hoff aus Bau 201, der Betriebskontrolle des Ceuna-Werks

M.A. Es ist notwendig, daß die Nazis in unserem Bau auch einmal im „Kampfbanner“ beleuchtet werden. Wir haben im Bau 201 (Betriebskontrolle) mit Interesse alles verfolgt, was bisher über die Nazis geschrieben wurde, und besonders auch über den Betriebsleiter Ringling verurteilt wurde. In unserer Bude strengen sich die Nazis auch mächtig an, um mit ihrer Zelle weiterzukommen. Es heißt aber im Lager dieser Leute doch nicht alles in Butter zu sein. Ein Kollege hat mir erzählt, daß der Nazi-Ringling, der mit Hilfe des Betriebsleiters Ringling in den Betriebsausfluß gekommen ist, die Arbeiter, die zu ihm kommen, oftmals mit „Sie“ anredet.

Ringling ist das mehrheitlich gepöbelte durch seinen Umgang mit den Nazingenieuren und Akademikern.

Man kann das nur recht sein. Ein flottenberufener Arbeiter wird sich überhaupt verwahren, von Ringling angegriffen zu werden!

Wenn ich portelle Kollegen entrichten, daß sie von Ringling mit „Sie“ angesprochen werden, dann soll man sie auffressen, daß es schädiger ist, dem Mann überhaupt den Rücken zuzubreden. Das ist das allergeringste.

Kürlich wurde bei uns über den „Kampf“, daß die Nazisstellung geschrieben habe, daß die Berufsorganisationen der Nazibetriebszellenmitglieder des Ceuna-Werks, die fortgesetzt im kommunistischen „Kampfbanner“ erfolglos, Demonstrationen dieser Naziarbeiter an die Werksleitung darstellten!

Die Kollegen in unserem Bau waren zum großen Teil der Meinung, daß Nazis gar nicht benannt werden können, weil sie soviel der Werksleitung bekannt sind. Denn entscheidende höhere Angestellte haben ja die Nazisstellen auf!

Es ist ganz gut, wenn richtig hineingeführt wird in die Nazibetriebszellen. Da gibt es manden Arbeiter, der bei den Hitler-Faschisten schon längst nicht mehr mitmachen möchte und langsam erlernt, daß es bisher irreführend wurde.

Wir haben jedoch die schamhafte Naziarbeiter in unserem Betrieb Natürlich haben wir auch ganz verdorbene Geister. Wir wollen ein-

mal einige nennen, die zu beiden Sorten gehören und über die alle Kollegen von Bau 201 diskutieren und berichten sollen. Es gehören der Nazistelle im Bau 201 nachgewiesenermaßen folgende Leute an:

- Lieber, Kurt, Schloffer, Halle, Johannstraße 19.
- Badenagel, Paul, Arbeiter, Halle, Singsgartenstraße 9.
- Schops, Gerhart, Bismarck, Ceuna, Liebigstraße 10.
- Klar, Walther, Schloffer, Dürrenberg, Hof 5, Nr. 8.
- Schimmel, Max, Arbeiter, Halle, Liebigstraße 50.
- Hennig, Kurt, Feinmechaniker, Halle, Springenberg 7.
- Herrbrandt, Hans, Mechaniker, Halle, Leisingstraße 21.
- Stein, Albert, Arbeiter, Halle, Dordelstraße 29.

Diese Namen mögen vorläufig genügen. Es gehört auch noch Otto Woll an der Nazistelle an, aber dessen Wohnadresse müßten wir erst noch ermitteln. Der Vollständigkeit halber!

Wir werden nun laufend über die Heldentaten der Nazis berichten und dafür sorgen, daß der Bau 201, obwohl er schon immer die ausgefeiltesten Kollegen beherbergt, doch zu einem Bollwerk der roten Einheitsfront wird.

Die Ceuna-Könige und die Nazis können ihre Sache noch so raffiniert anfangen. Sie haben in jedem Bau, in jeder Abteilung immer die kommunistischen Zellen und werden sie nicht los!

Mit den SPD- und Gewerkschaftsorganen wird richtig diskutiert. Und so werden die Voraussetzungen geschaffen zum Kampf gegen die Ceuna-Könige und ihre Nazischiffen!

I. P. 3.

Verstärkt die Werbung in den Betrieben!



Das ist das Wunder

der Bulgaria:
Die weltberühmten bulgarischen Tabake.
Sie geben auch unserer 3 1/3 Pfg.-Zigarette die Ausnahmestellung unter allen Marken dieser Preislage.

Bulgaria Sport, die 3 1/3 der Bulgaria
6 Zigaretten 20 Pfg. mit Spark-Phantas

Wittwoch, den 13. Juli 1932.

SPD-Gemeindevorsteher als Einseitiger der Notverordnungsdiktatur

H. A. Helfer. Die am 1. Juli durchgeführte Kürzung der Renten für die Invaliden, Witwen und Waisen hat auch hier die größte Empörung ausgelöst. An der Knappschloß wurden Kürzungen von 10, 12, 16, ja bis zu 30 Mark vorgenommen. Sogar die Besetzungspflicht wurden gestrichelt. Es kam soweit, daß Knappschloß als die das Geld auszubahlen, von den empörten Rentnerempfangern bedroht wurden. Besondere Empörung herrscht über die Beraterpolitik der SPD, die alle Notverordnungen bisher zu einführen half und sicherte. Eine Anzahl von Mitgliedern fand aus dem Anwaltsverband ausgetreten.

Am letzten Sonntag der Wochenfristmerkslofen wurde lebhaft über den auch hier kommenden Unterstufungsraub diskutiert. Einmütige Auffassung bestand darüber, daß alle Kräfte eingesetzt werden müssen, um diesen Raub zu verhindern. Aber auch jetzt wurde schon verurteilt, Kürzungen durchzuführen. Zwei revolutionäre Mitarbeiter sollte die Unterstufung überhaupt gestrichelt werden. Ein Mitglied der SPD ist lehrerähnlich auch als Funktionär tätig. Der sozialdemokratische Gemeindevorsteher Helfer sollte anordnen, daß diesem Arbeiter die Unterstufung entzogen werde mit der Begründung, daß die Partei ihn bezahlen soll.

Der andere revolutionäre Arbeiter wurde am Randionntag in Hedersleben mit von der Polizei verhaftet. Auch hier erklärte der Sozialdemokrat, daß die Kommunistische Partei zu befehlen kann. Die Frau der verhafteten Arbeiterin, die diesen Gemeindevorsteher die gebührende Antwort, und schließlich wurden dem 1. März für die eine aus vier Köpfen bestehende Familie und 6 Mark für die andere aus zwei Köpfen bestehende Familie bewilligt. Wegen dieser Hilflosengeduld wurde von den Genossen auf das Schärfste protestiert.

und zum Schluß mußte der Gemeindevorsteher nachgeben, und wurde nach 12,5 Mark von 12,5 Mark auf 12,5 Mark. Billiger und bessere Helfer als die berüchtigte sozialdemokratische Beamte kann sich die von Papen-Regierung in der Durchführung ihrer Notverordnungsdiktatur kaum noch wünschen. Wir glauben aber nicht, daß sozialdemokratische Arbeiter damit einverstanden sein können. Sie müssen einsehen, daß nur der gemeinsame geführende Kampf hier Abwendung schafft. Die Genossen in Antifaschistischer Aktion muß der Kampf gegen den Raub und Unterstufungsentzug, gegen Hunger und Faschismus aufgenommen werden.

Noch einmal Thema: Krüger-Polizei!

H. A. Weisenfels. Sowohl in der Presse, als auch in einem Klubsitz haben wir an Hand einer Reihe von Tatsachen an die Öffentlichkeit die Frage gerichtet, ob der Herr Reichspräsident Krüger, Weisenfels, bereits zu den Nazis gegangen ist. Die SPD und vor allem der Zeiger „Volksworte“ waren empört über diese Frage und verlangten die Herabsetzung der Krüger-Polizei zu verurteilen. Der Gemeindevorsteher Dietrich-Feiler hat sich über Genossen, die angeblich das Flugblatt verbreitet hätten, der Polizei zu bedanken. Obwohl ein großer Teil SPD-Proleten selbst mit dem Gummimüßel in Verbindung kam, und unsere Frage für richtig fand, verurteilte der „Volksworte“ in einer wüsten Kommunistenhebe keine Partei von den wirtlich Schuldigen ablenken.

Wir müßten heute erneut diese Frage stellen. Bei der Beerdigung des Nazi-Singlings und dem von der braunen Wardpolitik organisierten Leberfall auf Arbeiter haben wir schon auf die maßlose Einseitigkeit der Polizei hingewiesen. Wieder verurteilte die Polizei jetzt die Zeiger Arbeiterkraft zu provozieren. Schuldig wurden Arbeiter der Straße von verurteilt und zur Polizeimode gefesselt, um sie von dem noch vorhandenen Reizmittel tolle Stunde angeordnet wurden. Über 50 Zeiger Arbeiter wurden zur Wache geführt und ohne Grund die Namen notiert. Am Abend hatten sich wie alljährlich mehrere rote Sportler in ihrem Heim eingeschrieben, um dieses rote der Angriffe der braunen Wardpolitik zu zeigen. Hat Grund der Demagogie der Nazis kam plötzlich der „Keller“ angetroffen.

Die Polizei trieb die Sportler und Genossen der „Eisernen Front“, die sich erheben wollte zur Bewandung zur Verfügung stellen, in das Klubhaus.

Mit erhobenen Händen unter Stoßen und Schlägen mit dem Gummimüßel wurden alle nach Woffen durchführt, natürlich ohne Erlaubnis der Öffentlichkeit, war Anseh für die Krüger-Polizei, mit allen Schritten die Sportler zu terrorisieren.

Ohne eine Handzettel erklären die Armin Berg und Böste, daß es verboten ist, das Haus zu betreten.

Besichtig 10 Sportler sich zum zurück, während die anderen von ihrem eigenen Plage getrieben wurden. Unmüßig laucht die Frage auf, ob die Maßnahmen nicht auf Veranlassung der Nazis geschoben. Diese Vorbehalten glauben dadurch freie Hand zu einem Überfall zu haben. Aber die geschlossene Einheitsfront zwischen kommunistischen, sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeitern ließ die Nazis von ihrem Vorhaben Abstand nehmen. Wir fragen hierdurch Herrn Polizeipräsident Krüger, ob er die Anweisung an die Zeiger Polizei gegeben hat, mit schäblichen Mitteln einen von verurteilen, wie es der Berichterstatter der Zeiger Polizei zum Ausdruck brachte, und wie auch die die Tat ausgeführt wurde. Wir sind in der Lage, einmündig Zeugen zu nennen, die befinden, daß einige Schupooffiziere ohne einen Grund die Pistolen zogen und einige Schiffe abgaben. Offiziell wurde niemand getroffen, aber die Maßnahmen sollten lediglich dazu dienen, die Arbeiterkraft zu provozieren, damit man dann kein Mitleid haben konnte. Zur der ersten Disziplin ist es zu verurteilen, daß es nicht zu Zusammenstoßen kam. Die Reziproaktionen zeigten sich von Tag zu Tag. Mit dem Revolver in der Hand werden unsere Genossen auf offener Straße am hellen Tage bedroht, ohne daß die Polizei eingreift. Sie lehnt es sogar ab, den Namen dieses Reziproanten festzustellen. Die Zeiger Arbeiterkraft muß sich noch fester zusammenfassen, um dem Treiben dieser Wardpolitik ein Ende zu bereiten. Genossen der SPD und des Reichsbanners, zieht auch ihr die Konsequenz, verurteilt euch nicht auf die Polizei, sondern nur die einseitige Antifaschistische Aktion wird dem Treiben dieser Herden ein Ende bereiten.

Antifaschistische Massendemonstration aller Weisenfelder Arbeiterorganisationen

Am Donnerstag, dem 14. Juli, 1/2 Uhr, Kundgebung auf dem Heudisch-Schulplatz. Anschließend Demonstration, Arbeitermassen, aufmerksam gegen Papen-Regierung, Notverordnungen und Faschismus! SPD, Weisenfels.

Polizeiwilktür gegen wehrlose Arbeiter

H. A. Wettin. Ein unerhörter Vorfall spielte sich in der vergangenen Woche am Montag auf dem Großen Schweizerplatz ab. Die Wettiner Schützen hatten ihr Ziel! Wie alljährlich, gingen auch am Montag Erwerbslose im Schweizerplatz spazieren und

hielten sich dabei auch auf dem Schützenplatz auf. Die Schützen hatten sich zu ihrem Schutze Polizei sogar auswärts abgeholt. Diese mußte nun natürlich etwas zu tun bekommen, halb wurden denn alle Proleten, die keinen Belegungen ohne die geringste Veranlassung in der rüchsigsten letzten Zeit der Polizei mit dem Gummimüßel von Plaze getrieben.

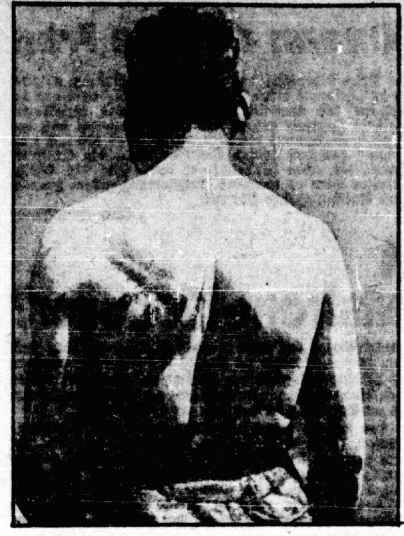
Dabei wurde der Genosse Feig Erge ohne jeden Grund von zwei Polizeibeamten niedergebissen.

Der bekannte Polizeibeamte Köbde (Wettin), der schon den Genossen Wittrod bei einem RAF-Kaufmarisch ergriffen hat, erwies sich erneut als der tüchtigste Schläger — er schlug die wehrlosen! Mit den Worten: „Du halt mich lange schief angequatscht“, schlug er geradezu bestialisch auf den Boden liegenden Erge ein. Ihn zur Seite stand wurde der jünger Klingier aus Radowitz. Der Genosse Erge wurde nunungslos geschlagen. Als eine Frau diese beiden Beamten darauf aufmerksam machte, daß Erge doch nichts getan hat, schrien beide, sie solle nur ruhig sein, sonst könne sie noch dran! Wir haben eine tapfere Polizei, wenn es um wehrlose Arbeiter geht.

Dieser Vorfall hat in Wettin ungeheure Empörung ausgelöst. Das hier veröffentlichte Bild, der völlig blutige auf eine aufene Rücken, zeigt die Spuren der Mißhandlungen. Photographie wurde von einem Bürgerlichen angefertigt, bei dem Verhalten der Beamten selbst auf das höchste empört. Was wird der Bürgermeister Horn gegen den Mann Köbde unternehmen? Die Arbeiterkraft fordert die sofortige Entfernung!

Noch eine Anfrage an den Herrn Bürgermeister sowie an Landrat Streicher. Vor Wochen wurden den Arbeitern kein Umgang mit der Begründung verboten, daß Wettin ein Ausflugsort sei! Wenn aber der Stahlhelm in Cottbus von 250-300 Mann täglich durch die Straßen zieht, unter den Augen der Polizei Bürgerkriegsübungen abhält, ebenso wie die Nazis, dann ist Wettin anscheinend kein Ausflugsort.

SPD-Arbeiter, hier habt ihr wieder einmal einen Reizmittel eure Führer den Kampf gegen den Faschismus führen. Der zur roten Einheitsfront in Antifaschistischer Aktion Organisiert mit den Kommunisten den Massenstreik!



Deine Aufgabe

zur Antifaschistischen Kampfwoche



Diskutiere mit dem SPD-Arbeiter - gewinne ihn für die Antifaschistische Kampffront.

Weisenfels-Zeit

Genosse Hermann Brändel

Ein unserer alten Kämpfer ging von uns. Ein ganzes Menschenalter stand er im Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse in vorderster Reihe. Wir werden weiterkämpfen in seinem Sinne, bis sein Ziel, die Erstämpfung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, erreicht ist.

Alle Genossen treffen sich heute, Mittwoch, den 13. Juli 1932, nachmittags 1/2 Uhr, an der Reichshalle des Michaelisriedhofs zum letzten Geleit. SPD, Ortsgruppe Zeig.

Kämpf gegen den Faschismus!

Am Freitag findet in Theizen eine gemeinsame Demonstration der SPD und SPD statt. Die Demonstration steht im Zeichen des Kampfes gegen Faschismus und Polizeiterror.

Antritt in Theizen um 6 Uhr am Markt. Alle Genossen von Lindenau, Trebnitz, Theizen und Ronnowitz nehmen daran teil.

J. A. Lehmann (SPD), Trebnitz. Lange (KPD), Theizen.

Wie Nazis den Kleinbauern helfen!

(Bauernkorrespondenz Gößitz) Wie alljährlich, so läßt die Gemeinde auch in diesem Jahre zur Ausbelebung der Wege durch die Bauern Kies holen. In diesem Jahre werden aber nur die Großgrundbesitzer bedroht.

Der Gemeindevorsteher ist ein Nationalsozialist namens Patzschke. Ein Kleinbauer, der vorzeitig wurde, hielt bei dem Post auf Ablehnung, trotzdem er sich nur von Postbus auf das schwerste durchgehogen muß. Dieser Kleinbauer hat die Söhne zu erziehen, die seinen Pienzia Unterstufung erhalten. Mit Anfrage dieses Kleinbauern, warum er denn nicht auf Arbeit darf, erklärte Patzschke, daß doch der Großgrundbesitzer mit 200 Hektar an der Weisenfelder Straße ein Feld in Steuern in der Gemeinde bezahlen, deshalb müßte er auch vorzugt werden. Mit vollem Recht erklärte darauf dieser Kleinbauer, der Mitglied der SPD ist, dem Gemeindevorsteher, er er nicht in der Lage sei, seine Steuern zu zahlen.

Darauf erklärte dann der Gemeindevorsteher, daß er ihn den Gerichtsvollzieher ins Haus schicken werde, um die Steuern einzutreiben.

Herr Patzschke hat ja schon Erfahrung, daß auch die Einheitsfront der Kleinbauern marschiert. Dieses Kleinbauern lieferte ja schon die Sachlagelegende dieses Kleinbauern!

Wie erneut hat der Gemeindevorsteher allen Kleinbauern Gemeindevorsteher und Arbeitern bestätigt, wohin der Rat der Nazis führen wird. Alle Hilfe und Unterstützung für die Weisenfelder, für die Weisenfelder keine Arbeit, dafür aber der Gerichtsvollzieher, um ihnen das letzte zu nehmen. Ein Kampf vom „Dritten Reich“. Kampf in der Antifaschistischen Aktion für die Befreiung aller Antifaschisten!

Weisenfels. Nach Unterstufungen flüchtig ist im Sommer der Buchhalter K. von der Heiligen Wohnungsbaugesellschaft. Mitteilend ist ein Ausschlaggeleit, der festgenommen wurde. Eine Schädigung der Mieter kommt, wie verlautet, in Frage, da die Eintragungen über gezahlte Mieten richtig erfolgt sind.

Weisenfels. Beim Baden ertrunken. Beim Baden der freien Saale fand der Ruderlehrer Rötter den Tod. R. konnte nicht schwimmen und hatte sich anscheinend zu weit in das Wasser hinausgewagt.

Aus dem „PZO“ Nr. 5: Zur Durchführung in der Zelle:

4 Beschlüsse: für festere Verankerung unserer Tageszeitung „Klassenkampf“! Parteizellen! 7 Tage in der Woche arbeitet der Kommunist für seine Presse!

Das Tempo unserer Arbeit entscheidet!

1. Abbestellungen werden von den Zellen nicht mehr geduldet, sondern die Zelle (Ortsgruppe) steigert durch Massenvertrieb und Massenwerbung die Auflageziffer.
2. Jeder Parteiarbeiter (Nichtleser) erhält den Auftrag (namentlich vermehrt), innerhalb 14 Tagen mit Parteilosen, besser noch mit SPD-Arbeitern ein Leserkollektiv zu organisieren.
3. Keine Zelle und Ortsgruppe ohne Adressen der Betriebsarbeiter und proletarischen Leser der Gegnerpresse. Ständige Werbung für unsere Sache!
4. Die innerparteiliche Pressekontrolle wird durchgeführt.

„Klassenkampf“ und „Rotes Echo“ — die Kampfzeitungen der Antifaschistischen Aktion